

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementpreis M. 1.— pro Quartal.
Es beziehen durch alle Postämter.
Post-Nr.: 3389.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Köhler, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Zeitspalt od. deren Raum 30 A.
Bergnügungs-Anzeigen 15 A. Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A. pro Zeitspalt.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Wirkt unablässig für den weiteren Ausbau des Verbandes!

Lohnbewegung.

Bezug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach Dessau, Rassel (Werkstätte Preuss), Bölin (Werkstätten Jäh und Schmidt); von Tischlern und Musikinstrumenten-Arbeitern nach Schwerin i. M. (Fabrik Perzina); von Bürstenmachern und Tischlern nach Ebersfeld (Firmen Beerth, Steberg, Wig & Brand); nach Landsberg a. Warthe (F. Beanecke).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Feinde der Arbeiter und verschiedene Interessen.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, ihre wirtschaftliche und politische Lage zu heben, stoßen auf mancherlei Widerstand. Nicht allein ist es die Interesselosigkeit der eigenen Berufsgenossen, die jede agitatorische und organisatorische Arbeit so unendlich erschwert, sondern vornehmlich die herrschende Klasse, die einen ganzen Troß von Beamten und Tausende von Institutionen unterhält, deren Aufgabe es ist, den Arbeiterorganisationen die Bewegungsfreiheit einzuschränken, jedes Bestreben, das darauf berechnet ist, einen Einfluß auf die Lebens-, Lohn-, Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse auszuüben, möglichst zu unterdrücken, wie überhaupt jede Regung nach politischer und sozialer Betätigung niederzuhalten. Nichts fürchtet die herrschende und besitzende Klasse mehr, als eine aufgeklärte, klassen- und zielbewusste Arbeiterschaft, weil sie in deren Bestrebungen einen Eingriff in die kapitalistische Ausbeutungsfreiheit und die Rechte des Kapitalismus erblickt. Da aber die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft das Lebenselement des Kapitalismus, der unerschöpfliche Quell ist, aus dem die Reichthümer sprudeln, ist die geschworene Feindschaft den Arbeiterorganisationen gegenüber begreiflich; wie können sie es auch wagen, dem König Kapital bezüglich der unbegrenzten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ein Paroli bieten zu wollen! Begehrlichkeit, Verschwendung, Sittenlosigkeit, Unmoralität zc. sind die Vorwürfe, die nur so auf die organisierten Arbeiter niederhageln, aber mit welchem Recht?! Unverschämte soll es sein, wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, nur Produktionsobjekte zur Schaffung von Mehrwerth und Profit für ihre Arbeitgeber zu sein, selbst aber kaum, bei langer ungemessener Arbeitszeit und geringem Lohn, das nackte Leben fristen zu können. Die Begehrlichkeit soll man nicht bei den Arbeitern, sondern in jenen Kreisen suchen, die nur dem Gotte Mammon dienen, denen hohe Dividende und Entbehrungslöhne wie himmlische Musik in den Ohren klingen. Wären die Arbeiter etwas begehrlicher und nicht so bedürfnislos, wäre es um sie besser gestellt, aber das ist es ja eben. Während das Unternehmertum durch Reduzierung der Löhne die Konsumfähigkeit der großen Masse lahm legt, erstrebt die Arbeiterschaft durch Erzielung höherer Löhne den Konsum zu erweitern und günstig auf den Waarenumsatz im Inlande einzuwirken, und enthebt damit die Kapitalisten der Sorge, stets auf der Suche nach Absatzgebieten im Auslande sein zu müssen. Aber darin liegt ein Verbrechen der Arbeiterorganisationen, das den Unternehmern Anlaß giebt, dieselben zu bekämpfen. Die Arbeiter sollen nur willenslose, gefügige Werkzeuge ihrer Brotgeber sein, sich aber betheile nicht darum kümmern, wie der „Herr in Fabrik und Werkstatt“ die Dauer der Arbeitszeit und die

Höhe der Löhne festsetzt. Er hat allein zu sagen, zu welchem Preise er die Arbeitskraft kaufen will, und jeden Versuch der Arbeiter, beim Abschluß des Arbeitsvertrages ein Wortchen mitzureden, wird er als unberechtigten Eingriff in seine Autorität zurückweisen; praktische Anerkennung der Gleichberechtigung giebt es bei ihm nicht. Er will, wie eine bekannte Persönlichkeit dies vor Jahren unverblümt aussprach, „dem Arbeiter deutlich machen, daß er als Knecht geboren, auch als solcher sein Leben zu vollbringen hat; das, was er (der Arbeiter) sich einbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, eben nur eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung ist, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Diese anmaßenden, von echt kapitalistischem Geiste durchtränkten Worte werden die Arbeiterorganisationen aber nicht abhalten, den reaktionären Bestrebungen des Unternehmertums und seiner Helfershelfer, die Arbeiterklasse auf eine Kulteristenz herabzudrücken und sie als willenlose Masse Sklaven gleich zu behandeln, entgegenzutreten mit allen gesetzlichen Mitteln. Die Arbeiter sind im Interesse ihrer Selbsterhaltung dazu gezwungen, denn die planlose Produktionsweise hat es in Deutschland dahin gebracht, daß zuweilen Millionen am Hungertuch nagen und nicht wissen, wohin sie ihr Haupt legen sollen. Die Gewerkschaften haben hier einzusetzen und vornehmlich für eine Verkürzung der Arbeitszeit zu wirken. Ohne großen Nachtheil des Kapitalprofiten kann eine kürzere Arbeitszeit eingeführt, können höhere Löhne gezahlt werden. Das Erstere ist nöthig, um der nach Millionen zählenden Reservearmee Arbeitsgelegenheit zu schaffen, das Andere, um die Massen kaufkräftig und konsumfähiger zu machen.

Nöthig ist ferner, daß alle Fesseln zur Entfaltung der Produktion, der Ein- und Ausfuhr der Waaren, beseitigt werden. Auch nach dieser Richtung hin ist die organisierte Arbeiterschaft rege thätig, indem sie die Massen aufklärt über die Schädlichkeit der Schutzzölle und die Absperrung der Grenzen, die nur den Zweck hat, die Einfuhr ausländischer Waaren zu erschweren, damit es den heimischen Schnapsbrennern, Eisen- und Kohlenbaronen um so leichter gemacht wird, durch Sinausschrauben der Preise ihrer Produkte, sich um so ungenirt die unergründlichen Taschen zu füllen. Fortwährend wird an zuständiger Stelle diese Interessen- und „Schutz“zollpolitik an den Pranger gestellt und in Arbeiterkreisen die Abschaffung dieser ungerechten Besteuerung zu Gunsten einer kleinen Ausbeuterklasse gefordert.

Während die Junkerinteressenpolitik kulturfeindlich ist, sind die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen kulturfördernd; während auf jener Seite nur das eigene Ich, das Interesse eines verhältnismäßig sehr kleinen Häufleins eigentlich so recht überflüssiger Nichtsthuher vertreten wird, kommt auf dieser Seite das Allgemeinwohl, d. h. das Interesse aller Derer in Frage, auf deren Schultern das ganze Staats- und Gemeinwesen ruht, von deren Arbeitskraft Sein oder Nichtsein aller Derer abhängig ist, die sich heute als die Herren der Welt aufspielen und im wahrsten Sinne des Wortes die Zuchttrübe der Menschheit sind, ohne welche diese recht wohl fertig werden könnte.

Die Drohung Jener, „mit denen Gott die Welt strafft“, sie würden, wenn ihrem Interesse nicht wie bisher Leben und Gesundheit der Arbeiter, deren Frauen und Kinder geopfert werde, mit ihrem Kapital aus-

wandern, steht die organisierte Arbeiterschaft äußerst kühl gegenüber, wissend, daß diese feige Kapitalistengesellschaft ihnen nie den Gefallen thun wird, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln. Eine Henne, die goldene Eier legt, schlägt man nicht gerne todt. Die Dividendenjäger und Arbeiterschinder werden also noch länger als Pestbeulen am gesellschaftlichen Körper haften bleiben und erst dann verschwinden, wenn der Sozialismus „reinen Tisch“ macht.

Die Gewerkschaften werden ihrer sich gestellten Aufgabe, unermüdet für Aufklärung unter den indifferenten Massen zu wirken, mehr als je nachzukommen suchen müssen, denn je mehr von allen Seiten der Kampf gegen sie eröffnet, mittelst aller möglichen Chikane ihnen das Leben sauer gemacht, ja theilweise ihre Existenz unmöglich gemacht wird, ist es doppelt erforderlich, die große Masse auf ihre Pflicht als Arbeiter hinzuweisen, ihnen nahezu legen, welche Folgen das beabsichtigte Knebelungsverfahren für die Gesamtexistenz des Arbeiterstandes haben kann, wenn dieselbe nicht einmüthig gegen das freche Gebahren der herrschenden Klasse Protest erhebt. Der Hinweis auf die anarchische Produktionsweise mit all ihren schlimmen Folgen für die Arbeiterklasse allein sollte genügen, um den stärksten Bundesgenossen des Kapitalismus: die Arbeiterinteresselosigkeit auf Seite der kämpfenden Mitbrüder zu ziehen; aber wie unendlich schwer hält das; nichtsdestoweniger wird die Agitationsarbeit fortgesetzt werden müssen. Zeigen wir den Indifferenten, wie die Produktivkraft der Arbeiter im gegenwärtigen Zeitalter der Maschine steigt, der Arbeiterantheil an all den Kulturerrungenschaften immer geringer wird, wie die Armut sich vergrößert, der Reichthum sich ins Unermessliche steigert, wie die arbeitsfähigen Kräfte hungern und frieren müssen, weil das Kapital der Reservearmee bedarf, um die Löhne immer tiefer herabzudrücken und um immer genug gefügige „Hände“ zu haben. Erbringen wir ihnen den Beweis, daß das Unternehmertum im Bunde mit der Gesetzgebung stets darnach strebt, die Kaufkraft im Inlande zu entkräften, anstatt sie zu heben, und daß der Diener des Kapitalismus, Vater „Staat“, seine Rolle als Beschützer des Geldsacks außerordentlich gut gespielt hat, indem er Gesetze schuf zur Züchtung von Millionären, aber auch solche, die jedes Bestreben der Arbeiter, sich gegen übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zu wehren, unterdrückte, angeblich, weil der Wettbewerb darunter leide, wie die hinkende preussisch-deutsche Sozialreform beweist.

Zeigen wir den indifferenten Arbeitsbrüdern, daß auf die Gesetzgebung sehr wenig zu rechnen ist, daß sie vielmehr mit uns gemeinsam Hand an's Werk legen, sich mit uns zu einer starken Organisation vereinigen müssen, um unsere Rechte vertreten, unsere gemeinsamen Interessen wahren zu können, und sagen wir ihnen schließlich, daß die Gewerkschaften die Pioniere der Arbeiterbewegung sind und neben ihrer hohen kulturellen Aufgabe aber ganz besonders die materielle und wirtschaftliche Lage der Gesamtarbeiterschaft zu heben und zu fördern, sich als Ziel gesteckt haben. In diesem Sinne agitirt und organisiert und wir werden überzeugte Kämpfer zu Tausenden gewinnen, mit denen wir zum Kampfe ausziehen und getrosten Muthes ausrufen können: Mit uns das Recht, mit uns der Sieg!

Eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften.

II.

a. Das Sozialistengesetz brachte in der kurzen Zeit vom 23. Oktober bis zum 31. Dezember 1878 von einigen 30 Verbänden 16 zur behördlichen Auflösung und 9 zur Selbstauflösung; ein weiterer Verband wurde auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes aufgelöst und nur 4 Verbände, die als politisch unverdächtig erachtet wurden, entgingen der Vernichtung; außerdem wurden auch die meisten lokalen Fachorganisationen aufgelöst. Die bestehen gebliebenen Organisationen konnten wegen der über ihrem Haupte schwebenden Auflösungsgefahr nichts Sonderliches unternehmen, und so mußte jedes gewerkschaftliche Leben unter dem Drucke der brutalen Gewalt stagnieren. In dieser trüben Zeit bildeten die theils verbliebenen, theils neugegründeten Gewerkschaftsblätter, unter ihnen die 1879 gegründete „Neue Tischlerzeitg.“ das einzige Band der Berufsgenossen; ihre Ausbreitung, ihr Abonnement wurde das Fundament für die spätere Neuorganisation der Berufe, für welche neben der sozialpolitischen Strömung, die selbst Wilhelm I. und Bismarck zur Inauguration der sog. Sozialgesetzgebung zwang, auch der industrielle Aufschwung seit 1881 günstige Bedingungen schuf. Bereits 1880 entstanden wieder vereinzelte lokale Fachvereine, die von den Aufsichtsbehörden zunächst abwartend geduldet wurden, da sie keine größere Propaganda entfalten. Unter den Auspizien der Berufserziehungsgesetzgebung sah die Regierung sogar die Organisationsversuche der Arbeiter mit günstigeren Augen an, sobald sie sich nur von sozialistischen Anschauungen fernhielten; sie hoffte dadurch das Misstrauen der Arbeiterklasse zu ihrer Sozialpolitik zu zerstreuen und Arbeitercorporationen zu entwickeln, welche sich nicht in entschiedenen Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung stellten. Insbesondere bedurfte man bei der Durchführung der Versicherungsgesetzgebung der Mitwirkung der Arbeiter, die man durch mildere Handhabung der behördlichen Nachvollkommenheiten zu erreichen gedachte.

In diese Zeit fällt auch die Stöder'sche Propaganda unter den Berliner Arbeitern, welche die Aufsichtsbehörden zu der Hoffnung verleitete, es möcht dem geriebenern Pfaffen gelingen, die Arbeiter für das „soziale Kaiserthum“ einzufangen. So lange diese Hoffnung noch einige Anhaltspunkte fand und die Arbeiter sich die antiliberalen Agitation Stöder's gefallen ließen, wurde der hochgehenden Bewegung gegenüber ein Auge zugedrückt; als aber der sozialistische Geist der Arbeiter dennoch öffentlich zum Durchbruch kam, griff die Behörde wieder ein und 30 Berliner Gewerkschaftsführer wurden unter Anklage gestellt, kamen aber mit geringen Geldstrafen davon, während die von der Staatsanwaltschaft beantragte Schließung der Vereine abgelehnt wurde. Sonach hatte die Epizänze von Gewerkschaften ihre erste gerichtliche Bestätigung gefunden und nun wuchs die Zahl der neugegründeten Fachvereine außerordentlich rasch: bis 1884 wurden in Berlin bereits 50 gezählt. Diese Bewegung, die günstige Gerichtsentscheidung und die von den Berliner Arbeitern ausgehende Arbeiterschutzbewegung wirkten aber auch auf das übrige Deutschland zurück und förderten die Gewerkschaftsagitation in nachhaltiger Weise. Nun entstanden auch wiederum eine Reihe von Zentralverbänden; den bis 1881 vorausgegangenen Verbänden der Buchdrucker, Gutmacher und Bildhauer, die sich streng von jedem Verdacht des Sozialismus ferne hielten, folgten im August 1883 die Gründung des „Deutschen Zimmererverbandes“ und im Dezember 1883 auf dem Rainer Kongress die des „Deutschen Tischlerverbandes“ durch die energische Propaganda Aloß-Suttigart. Im Jahre 1884 folgten die Verbände der Manufakturarbeiter (Sitz Gera), Schneider (Hamburg), Steinmetzen (Berlin), Schuhmacher (Nürnberg) und Tabakarbeiter (Bremen), die anfänglich alle mit großen, namentlich organisatorischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Am eingehendsten schilbert Schmöle die Entwicklung des „Deutschen Tischlerverbandes“, weil dieser gerade zum Muster für die meisten späteren Gründungen wurde; die Regelung der Streitunterstützung bildete lange Zeit die schwierigste Klippe für die Zentralisation, aber sie wurde glücklich umschifft und solcherweise ein Organisationsstypus geschaffen, der die übrigen Berufe zur Nachahmung anspornte. Nicht alle jedoch erblickten die beste Lösung in der Zentralisation mit ihrer stammes Verbandsdisziplin, Manche sahen die unabhängige lokale Organisation besser an, und sie glaubten ihre Aufgaben besser durch Zulassung politischer Erörterungen und durch Heranziehung aller Berufsgenossen in öffentlichen Arbeiterversammlungen zu wahren; zudem hatten gerade die Zentralverbände unter vereinsgesetzlichen Epizänen zu leiden, und so bildeten sich die loseren Organisationen mit Berufsversammlungen und

Vertrauensmännersystem heraus, dessen erste Benützung in größerem Maßstabe Schmöle dem Tischler Adbel beim 1883er Berliner Tischlerstreik zuschreibt. Eine hohe Bedeutung hat das Vertrauensmännersystem bis in die jetzige Zeit für diejenigen Einzelstaaten behalten, wo man die Filialen von Zentralverbänden auf Grund irgend welcher vereinsgesetzlicher Vorschriften rücksichtslos unterdrückt, so in Sachsen, Bayern, Provinz Hannover etc.

Unterdes boten die Behörden Alles auf, um dieser immer höher anschwellenden sozialistischen Gewerkschaftsbewegung Herr zu werden. Aber dieser gegenüber zeigte sich gar bald die Ohnmacht des Sozialistengesetzes, dessen Maschen doch gar zu grob geflochten waren, um die mit der neuen Situation vorzüglich vertrauten Gewerkschaftsleiter zu fangen. Die Arbeiter hatten viel gelernt, vor Allem die Kautelen des Ausnahmegesetzes zu vermeiden, und bereits die ersten weiteren Gerichtsurtheile zeigten, daß ihren Organisationen mit dem Ausnahmegeetze nicht mehr beizukommen war. Ein Schreinerfachverein zu Frankenthal und ein Schuhmacherfachverein zu Erfurt wurden aufgelöst, aber nach Entscheidung der Reichskommission wieder freigegeben. Die letztere prüfte jeden einzelnen Fall kritisch und machte dadurch zahlreiche Polizeimaßnahmen unmöglich. Thatsächlich ist das Ausnahmegeetz später auch weit seltener gegen Gewerkschaften in Anwendung gebracht; außer einer Reihe von lokalen Fachvereinen fiel ihm nur der Metallarbeiterverband (Mannheim) 1886 zum Opfer. — Da dieser Weg den Behörden zum Theil versperrt war, suchten dieselben den Gewerkschaften auf anderen Wegen entgegenzuarbeiten. „Eine bunte Mischung kleinlicher Maßnahmen, so schreibt Schmöle, entsprang diesen staatsretterischen Absichten, die manchmal durch ihre augenfällige Wirkung der sozialdemokratischen Agitation erst recht zu Gute kamen und durch die Verbitterung, welche sie anstifteten, weit mehr Unheil anrichteten, als aus der bezweckten Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts jemals Nutzen erwachsen konnte.“ Als Beispiele werden die polizeilichen Bemühungen, Gastwirthe zur Saalverweigerung durch Polizeistunde, Militärverbot, Polizeiverordnungen etc. zu bestimmen, genannt, die unseren Genossen aus der Praxis bis zum heutigen Tage nur zu gut bekannt sind. Daneben aber richteten sie ihr Augenmerk auf größere Maßnahmen, die ein einheitliches, planmäßiges Vorgehen ermöglichten, und hierzu wurden die einzelstaatlichen Vereinsgesetze als besonders dienlich angesehen. Unter den größeren Einzelstaaten hat Sachsen dasjenige Vereinsgeetz, welches den Aufsichtsbehörden das weitgehendste Einschreiten gestattet, da es nicht die geringste Unterscheidung zwischen „öffentlichen“ und „politischen“ Zwecken macht. Das preussische verbietet nur politischen Vereinen das Inverbindtreten, desgleichen das bayerische und andere, während in einzelnen Kleinstaaten noch der alte Bundestagsbeschluß von 1854 in Kraft war, wonach Arbeitervereine, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, aufzuheben seien. Diese Waffen wurden nun gegen die Gewerkschaften gerichtet und in Sachsen hatte man den Erfolg, alle Zahlstellen von Verbänden als „Zweigvereine“ geschlossen zu sehen. In Preußen dagegen waren die Behörden minder glücklich, da ihnen das Geetz den Nachweis auferlegte, daß die betreffenden Vereine politische Zwecke verfolgten, was ihnen nicht immer glückte. Wohl boten die in den Gewerkschaften öfters fortgesetzten Berathungen über Arbeiterschutzesentwürfe den Behörden manche willkommene Handhabe, aber die Arbeiter, durch Erfahrungen einzelner Zweigvereine gewarnt, verlegten diese Erörterung in die mit von Organisationen nicht zusammenhängenden öffentlichen Versammlungen und entzogen somit den Behörden jede Möglichkeit, gegen ihre Organisationen einzuschreiten. Immerhin kam es zu zahlreichen Auflösungen, bei denen sich die Betroffenen nicht beruhigten, sondern die Entscheidung der Gerichte antriefen, und oft genug haben da die vereinsgesetzlichen Vorschriften eine Auslegung gefunden, die nicht entfernt bei ihrem Erlaß vorgesehen war. So wurde eine verbotene Verbindung schon in der bloßen Entnahme eines Petitionsformulars gefunden und Schmöle schilbert zahlreiche Gerichtsfälle auf Grund des eingehendsten Altkammaterials, von denen für unsere Kollegen diejenigen der Tischlerfachvereine zu Altona, Kiel und Erfurt von Interesse sind. Die Gerichtsentscheidungen waren von wechselndem Ausgange; bald wurden die Auflösungen bestätigt, bald aufgehoben, aber die Verhandlungen boten der Arbeiterschaft ein so wirkungsvolles Bild der Anwendung der Vereinsgesetze, daß ihnen die Erbitterung gegen diese Polizeipraxis förmlich eingeimpft wurde. Und die Behörden erreichten gerade das Gegenheil ihres Zwecks, denn jede neue Auflösung und Gerichtsverhandlung bot der Sozialdemokratie neue Nahrung und trieb zahlreiche Gewerkschaften in jene losen Organisationen hinein, in denen sie den Behörden immer weniger sichtbar waren und die

die Gerichtsentscheidungen immer schwieriger und bedenkllicher gestalteten.

Deshalb mußten neue Mittel aufgeboten werden, um dieser raschen Ausbreitung der Bewegung entgegenzuwirken. Zunächst versuchte Puttkamer noch einmal sein Heil mit der Gewaltthron des Sozialistengesetzes, indem er unterm 11. April 1886 seinen berüchtigten „Streitlerlaß“ publizierte, der die preussischen Behörden anwies, bei Arbeitseinstellungen, hinter denen sozialistische Umtriebe vermutet würden, unnachlässig vorzugehen. Dieses reaktionäre Kabinetstück arbeitereindlicher Politik hat den Arbeitern keinen allzugroßen Schaden zugefügt, vielmehr hat ihnen derselbe, wie Schmöle zugestehet, im Verlauf der nächsten Jahre in zahllosen Agitationen ein vortreffliches Beweismittel für die rein willkürliche polizeiliche Anebelung der Arbeiterbewegung und für die Behinderung der Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts geliefert und in diesem Sinne haben wir für Herrn v. Puttkamer zu jeder Zeit eine dankbare Erinnerung übrig, gerade so, wie für Herrn v. Köller wegen seiner vereinsgesetzlichen Razzia, die die Unhaltbarkeit des Verbindungsverbots in deutlicher Weise demonstrierte.

Da auch auf diesem Wege keine Erfolge errungen wurden, so wandten sich die Behörden endlich einer ganz eigenartigen Praxis zu, um die Gewerkschaften nicht gerade aufzulösen, aber dieselben unter aufsichtsbefehlliche Vormundschaft zu stellen; dazu boten ihnen zahlreiche Unterstützungsanstaltungen derselben Gelegenheit. Noch immer trugen sich die Regierungen mit der Hoffnung, es möchte doch noch gelingen, die Gewerkschaften auf das Niveau der Hirsch-Dunker'schen Unterstützungsverbände herabzudrücken und sie vom sozialistischen Klassenkampfe abwendig zu machen. Denn es war den Behörden nicht entgangen, daß an Stelle der aufgelösten Vereine stets wieder neue entstanden, und daß die Verbitterung der Arbeiter stieg, sobald sie sich deren berechtigtem Organisationsdrange entgegenstimmten. Daher wurde erzwungen, ob es nicht besser sei, statt jede selbstständige Bewegung der Gewerkschaften zu unterdrücken, diese vielmehr in der „Aufsindung der richtigen Ziele“ zu unterstützen und deshalb unter ihre schützenden Fittige zu nehmen. Sie erstrebten nichts Geringeres, als das ihnen nach dem preussischen Berufserziehungsgesetze vom Jahre 1853 übertragene Aufsichtsrecht auf die Gewerkschaften derart auszudehnen, daß sie diese gemäß ihrer Unterstützungsanstaltungen als „Berufungsklassen“ betrachtete und sie zunächst zur Nachsichtung der behördlichen Genehmigung zwingen wollte; thaten sie dies nicht, so wurden sie aufgelöst und die Leiter nach § 360,9 unter Anklage gestellt. Bereits 1884 war in Frankfurt a. M. versucht worden, gegen die dortige Filiale des Unterstützungsvereins deutscher Schuhmacher (Nürnberg) auf Grund des § 340 des preussischen Strafgesetzbuches vorzugehen, wobei sich später herausstellte, daß dieses Gesetzbuch in Frankfurt a. M. niemals Geltung erlangt hatte. Auch in Darmen trat ein solcher Versuch 1885 hervor. Im Jahre 1886 wurde eine wahre Berufserziehungsrazzia veranstaltet, denn eine ganze Reihe von Gewerkschaften wurde mit der Aufforderung beglückt, die behördliche Genehmigung nachzusuchen, so in Berlin die Bäcker, in Elberfeld die Mühlgeschichten der Metallarbeiter, Maler, Schuhmacher und Tischler; ähnliche Maßregeln folgten in Düsseldorf, Köln, Hannover, sowie im folgenden Jahre in einer ganzen Reihe von Städten.

Aber auch hier hatten die Polizeibehörden die Rechnung ohne die Gewerkschaften gemacht, welche nicht die mindeste Lust zeigten, sich von ersteren bevormunden zu lassen, und eine nach der Anderen in kürzester Frist ihre Statuten so gestalteten, daß jede Annahme eines Versicherungsinstituts ausgeschlossen war, indem alle Unterstützungsleistungen zu freiwilliger Verfügung der Vorstände gestellt und jeder rechtliche Anspruch der Mitglieder verneint wurde. Damit war natürlich den Aufsichtsbehörden nicht gebient, und sie behaupteten fröhlich, die Gewerkschaften hätten den einfachen Thatbestand bloß verschleiert, um sich der behördlichen Aufsicht zu entziehen. Die Erreichung des letzteren Zieles wurde mit dem angestrengtesten Eifer betrieben, und insbesondere war es wieder der Deutsche Tischlerverband, den man auf's Korn genommen hatte; Dr. Schmöle schilbert 5 Verhandlungsfälle gegen den Deutschen Tischlerverband, beziehentlich dessen Zahlstellen zu Magdeburg, Erfurt, Halle, Verden und Berlin auf Grund des Altkammaterials in der umfassendsten Weise, wobei die Gerichte zumeist gegen die Auffassung der Behörden entschieden, indem sie die Kriterien von Berufungsklassen in den Gewerkschaften nicht zu erblicken vermochten. So wurde der Tischlerverband auch in Bezug auf die Klarstellung der rechtlichen Organisationsgrundlagen zum Pionnier der neueren Gewerkschaftsbewegung. Zwar wurden auch vereinzelt Urtheile gefällt, so vom Oberlandesgericht Ramburg, die der behördlichen Auf-

assung Vorschub leisteten; als aber selbst das Oberverwaltungs- und das Kammergericht zu Gunsten der Gewerkschaften entschieden, da wurde den Aufsichtsbehörden allmählich klar, daß den Mühen und Opfern dieser Praxis keine nennenswerthen Erfolge gegenüberstanden, und daß den Gewerkschaften auf diesem Wege keine Lehren beizubringen waren. Sie haben sich bis heutigen Tages von der polizeilichen Bevormundung freizuhalten vermocht und werden dies auch künftighin thun.

Aber die Zeit der behördlichen Verfolgung der Gewerkschaften ist deshalb noch keineswegs abgeschlossen, denn der Fall des Ausnahmegesetzes hat sehr wenig Einfluß auf dieselben gehabt. Lange vor seinem Aufhören hat seine Nichtsnutzigkeit die Behörden veranlaßt, den Arbeiterorganisationen gegenüber das für alle Staatsbürger gleichlautende allgemeine Recht als Ausnahmeprivileg zu handhaben, und die Auflösung der Gewerkschaftsfilialen in Sachsen, Hannover und Nürnberg zeigt uns drastisch, wie man die Gewerkschaften auch ohne Ausnahmegesetz bekämpft. So lange diese Verfolgungen anhalten und die Gewerkschaften zwar nicht in der Ausbreitung, wohl aber in ihrer organisatorischen Festigung aufhalten, so lange ist auch die Aera des Ausnahmerechts für uns nicht zu Ende, mag sie sich auch mit dem zerschlossenen Mäntelchen der Rechtsgleichheit schmücken. Es ist deshalb auch nicht ohne Interesse, von Zeit zu Zeit die Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte zu durchstöbern und auf die vielfachen Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Entwicklung zurückzublicken; sie lehren uns, auch fernerhin auf den Posten zu sein, unser Koalitionsrecht mit aller Zähigkeit zu verteidigen und in einer Zeit, wo die Reaktionsäre Bismarckscher Richtung nach neuen Ausnahmegesetzen lechzen und die Regierungen die Vereinsgesetze rückwärts revidiren lassen, keinem unserer Gegner eine Handhabe zu bieten, die ihnen die Erfüllung ihrer Wünsche erleichtert, aber dennoch treu und unerschütterlich an den Prinzipien festzuhalten, die wir bisher stets vertreten haben, die Prinzipien des Sozialismus. Dadurch werden wir am ehesten alle Hoffnungen der bürgerlichen Parteien und Ideologen, die die sozialistischen Gewerkschaften von der politischen Bruderbewegung emanzipiren möchten, zu nichte machen. Mag es immer um taktische Maßnahmen zu Auseinandersetzungen kommen, die braucht eine so festgefügte Partei, wie die der Arbeiter, nicht zu fürchten und hat sie niemals gefürchtet; die Einheit der Arbeiterbewegung und den Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft halten wir trotz alledem hoch, und wir können keinen passenderen Schluß für unsere Darlegungen finden, als die Resignation, mit welcher Dr. Schmölke seinen ersten Band schließt, die aber für uns als eine Ermunterung wirkt: „Je entschlossener von der Arbeiterklasse aber das Ringen zwischen Besitz und Nichtbesitz aufgefaßt, je richtiger mit der großen Kraft des zu bewältigenden Widerstandes gerechnet wird, desto größer ist die Aussicht auf den baldigen Eintritt unerlässlicher sozialer Fortschritte.“ Wir werden solche Fortschritte jederzeit akzeptiren, ohne uns in unferneren Forderungen und in der Er kämpfung weiterer Fortschritte zurückhalten zu lassen.

Ueber die Lohnbewegung der Tischler in Lübeck und uns geschrieben:

Wie aus Nr. 52 v. J. unserer Zeitung ersichtlich, wurde die Lohnkommission beauftragt, sich mit den zuständigen Korporationen (der Tischler und Drechslerinnung, der Innungs-Bauhütte, sowie dem Bund der Maurer und Zimmerer) in Verbindung zu setzen, um eine Einigung auf gütlichem Wege herbeizuführen. Die meisten Aufträge sind wir nachgekommen und hatten mit der Tischlerinnung drei Verhandlungen, die Mittwoch, den 8. d. M., zu einem endgültigen Abschluß führten. — Die übrigen Arbeitgeber-Korporationen (die Innungs-Bauhütte, sowie der Bund d. M. u. Z.) haben von einer Unterhandlung bisher Abstand genommen, da sie erst mit den bei ihnen beschäftigten Maurern und Zimmerern, die gleichfalls eine Verärgerung der Arbeitszeit, sowie Aufbesserung des Lohnes forderten, eine Verständigung herbeiführen wollten. Diese Einigung ist nunmehr erfolgt und hoffen wir, daß es auch bei uns in kürzester Zeit der Fall ist, da die von uns geforderte Arbeitszeit den Bauhandwerkern bewilligt worden ist und der von uns geforderte Lohn bei sämtlichen Bauunternehmern bereits bezahlt wird.

Einer Einladung des Obermeisters der Drechslerinnung Folge leistend, wurde uns der Bescheid, daß die Forderungen der Drechsler als beschreibend zu betrachten seien; er hofft, daß die Innung unserer Wünsche keinen erheblichen Widerstand entgegenzusetzen werde. Sobald die Innungsverammlung stattgefunden, würde er mit der Kommission zu einer Besprechung zusammenzutreffen, um uns etwa gewünschte Änderungen vorzulegen.

In Kürze wollen wir den Kollegen das Bemerkenswerthe der Unterhandlungen mit der Tischlerinnung unterbreiten. Wir müssen voraussagen, daß sich insolge des noch gegenwärtig hier bestehenden Streiks der Arbeiter des Gmaillwerkes G. Thiel & Söhne die Verhältnisse sehr zuspitzen haben. Wohl lebhaft auf die Hand gedrückt zu werden, hat sich ein Verein sämmtlicher Gewerbetreibender, die Hülfskräfte beschäftigten, gebildet, der sich den Namen „Arbeiterverband“ zugelegt hat. In demselben sind wieder Sektionen, z. B. der Verband der Möbel-

und Holzbearbeitungsindustriellen usw., entstanden; soweit uns bekannt, ist auch ein großer Theil der Innungen in corpore diesem Verbande beigetreten. Wir sagen: Es ist gut so, werden doch Ränken die Augen geöffnet, der da glaubt, daß die Organisation zu gut zu sein. Die Erfahrung lehrt, daß das Isolierte Unternehmertum der beste Agitator für die Arbeiterorganisationen ist.

Bei den Verhandlungen mit der Tischlerinnung ließ man uns mitunter recht deutlich merken, daß es uns wohl nicht leicht sein würde, den Sieg über den koalirten Geldsack davonzutragen.

Wir hatten bisher die zehnstündige Arbeitszeit, unsere Forderung, die neunzehnstündige einzuführen, wurde aufstandslos bewilligt. Es erhoben sich ja Klageheber, das Geschäft hätte einen bedeutenden Verlust, wenn im Jahre 150 Stunden weniger gearbeitet würde, die Konkurrenzfähigkeit würde erschüttert usw., aber das bestimmte Auftreten der Lohnkommission, gestützt auf die Statistik unseres Arbeitsnachweises, sowie die Verärgerung der Arbeitszeit bei den Maurern und Zimmerern, ließen die Bamentos nicht recht zur Geltung kommen. Betreffs der Lohnfrage gerietten die Parteien heftig aneinander. Wir forderten bekanntlich einen Minimallohn von 40 % pro Stunde. Diese Forderung wurde uns in jeder Verhandlung rundweg abgelehnt. Auf die Bewilligung eines Minimallohnes würden sie sich niemals einlassen, nur wenn wir anstatt Minimal-, Normallohn setzten, könnten die Verhandlungen zu einem geordneten Schluß führen. Ueberhaupt erklärten sie, nicht im Stande zu sein, einen Stundenlohn von 40 % einem normalen (!) Gesellen zahlen zu können.

Auf Grund dieser Erklärung fand Dienstag, den 2. d. M., eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die nach eingehendem Referat des Kollegen Mann erklärte, die Forderung eines Minimallohnes fallen zu lassen und bezüglich der Höhe des Lohnes der Lohnkommission freie Hand betreffs Abschließung zu lassen. Wie bereits oben berichtet, fand diese Angelegenheit am Mittwoch, den 8. d. M., nach heftiger Gegenwehr unsererseits ihren Abschluß in der Bewilligung eines Stundenlohnes von 38 %.

Natürlich hatten sich die Vertreter der Innung mit anderen Korporationen, speziell der Innungs-Bauhütte, in Verbindung gesetzt und dort gefunden, daß in den besagten Tarifien der Stundenlohn für einen „tätigen“ Gesellen festgesetzt war. Diese, in keiner Weise zu kontrollierende Bestimmung sollte natürlich auch in unserem Verträge Aufnahme finden, es gelang jedoch unserem energischen Protest, dies zu verhindern.

Die dritte Forderung: Mögliche Beseitigung der Altkorarbeit event. Sicherung des Minimallohnes, wurde nur in der ersten Hälfte anerkannt. Unser Vorschlag: „wo solche dennoch stattfinden, erfolgt ein Zuschlag von 10 pSt.“ wurde angenommen.

Die übrigen Forderungen (siehe Tarif) sind schon seit dem letzten Streik im Jahre 1889 von den Arbeitgebern anerkannt worden, so daß sich und hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg stellen. Absatz VI unseres Vertrages ist neu; zum Theil von uns aufgestellt und von den Arbeitgebern dahin ergänzt, daß die Abrechnung einen Tag vor Auszahlung erfolgt.

Wir bringen nunmehr den Kollegen unsere Abmachungen zur Kenntniß:

Arbeits-Vertrag.

- I. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden. Vom 1. April bis 1. Oktober von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr, 2 Stunden Mittagspause, 1/2 Stunde Frühstückspause. Vom 1. Oktober bis 1. April 1 1/2 Stunden Mittags-, 1/2 Stunde Frühstückspause. Im Uebrigen bleibt die Einteilung der Arbeitszeit dem gegenseitigen Uebereinkommen vorbehalten.
- II. Der Normallohn beträgt für einen Gesellen 38 % pro Stunde.
- III. Die Altkorarbeit ist möglichst zu beseitigen, wo solche stattfinden 10 pSt. Lohnzuschlag.
- IV. Ueberstunden werden nur im Nothfalle verlangt, dann 25 pSt., bei Nachtarbeit, von 10 Uhr an, 50 pSt. Lohnzuschlag.
- V. Bei Selbsthalten von Werkzeug erhält der Geselle 2 %, mit Hobelbank 4 % pro Stunde Lohnzuschlag.
- VI. Lohnzahlung erfolgt mit Schluß der Woche, spätestens bis Schluß der Arbeitszeit; abgerechnet wird einen Tag vor Schluß der Woche. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wird der einbehaltene Tageslohn ausbezahlt.
- VII. Eine gegenseitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt.
- VIII. Dieser Arbeitsvertrag hat mindestens ein Jahr Gültigkeit und kann nur bei Schluß des Kalenderjahres eine Kündigung erfolgen.

S a b e d., den 1. April 1897.

Für die Tischlerinnung:

H. Schwarz, erster Obermeister.

Für die Lohnkommission der Gesellen:

A. M a n n, Vorsitzender.

Kollegen, einen erfreulichen Fortschritt hat mit dieser Vereinbarung unsere Bewegung gemacht. Haben wir auch nicht alles Geforderte erreicht, werden wir uns stets die Worte des Herrn Obermeisters: „Meine Herren, es ist ja nicht aller Tage Abend, der Tarif gilt ja nur für ein Jahr,“ in's Gedächtniß rufen. Das Zugehörnde der Meister, die Tarife drucken und in den Werkstätten aushängen zu lassen, ist gleichfalls für uns von großem Werth. Sieht doch dann jeder zugereifte Kollege, der bei einem Kleinmeister in Arbeit tritt, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Ort liegen und wie er sich zu verhalten hat.

Durch die kontraktliche Sicherstellung dieses Vertrages sind ja 110 Kollegen von einem Streik verschont; die bei den Bauunternehmern, ja 60, Beschäftigten werden bestimmt in kürzester Zeit hinzugerechnet werden können.

Die Hauptaufgabe für uns ist es nun, den auf den Möbel- und Raupfabriken zifa 150 Beschäftigten der gleichen Zugeständnisse zu erringen. Wir hoffen auch hier ein günstiges Resultat zu erzielen, da die Kollegen einmüthig zur Sache stehen.

Dank der Disziplin unserer Kollegen war es uns möglich, den Arbeitgebern vor Augen zu führen, daß wir eine Macht sind, mit der sie zu rechnen haben. Bisherlich trägt diese gütliche Vereinbarung dazu bei, die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen zum Eintritt in die Organisation zu bewegen, damit wir wie ein Mann dem koalirten Unternehmertum entgegenzutreten zu können: „Unser der Sieg trotz alledem.“

Die Lohnkommission.

Im Auftrage: W. D a m m e r.

Mundschau.

Wie das künftige preussische Vereinsgesetz aussehen wird, dürfte von der Stimmung der Landesgesetzgebungsbehörden abhängen, sicher scheint die Aufhebung des „Inverbindungstretens“ beschlossen zu werden, aber damit wird es nicht sein Bewenden haben. So schreiben z. B. die „Berl. Pol. Nachr.“, daß einige andere Bestimmungen des geltenden Rechts „so vollkommen veraltet und unhaltbar“ seien, daß, wenn einmal die „bessernde“ Hand an das Vereins- und Versammlungsrecht gelegt werden sollte, daran nicht vorbeigegangen werden könne. Daß man in den Landtagen erst rechtlich „erwägen“ will, ist selbstverständlich und dazu ist Zeit nöthig; vor Orens wird die „bessernde“ Hand also nicht an das preussische Vereinsgesetz gelegt werden.

Zur Unfallversicherungswelle sagte eine öffentliche Polenarbeiterversammlung in Leipzig folgende Resolution: „Die Versammlung beauftragt ihre Parteidelegirten, dem Gewerkschaftsrath den Antrag zu unterbreiten, eine rege Agitation für die Unfallversicherungswelle vorzunehmen und öffentliche Arbeiterversammlungen mit diesbezüglicher Tagesordnung einzuberufen, sowie Materialien über Rentenanspruchsprozesse zu sammeln und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Verfügung zu stellen.“

Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz soll herabgesetzt werden; glücklicherweise theils zum Besten. Neben einer einfacheren Berechnung der Renten in den Versicherungsanstalten soll eine höhere Normirung der während der ersten 20 Jahre der Beitragsleistungen festzusetzenden Invalidenrente vorgenommen werden. Nach 20 Jahren Beitragszeit fallen die Invalidenrenten infolge der geringeren Steigerungssätze um so niedriger aus. Eine geringe Erhöhung soll auch die Altersrente erfahren.

Die Gültigkeitsdauer der Quittungskarte soll unbeschränkt sein und es sollen für längere Zeiträume Marken ausgegeben werden. Um die kostspielige Ausbesserung der Quittungskarten abzuschaffen, ist die Vernichtung der Quittungskarten und die Uebertragung ihres Inhalts auf Sammelkarten zugelassen. Die Doppelmarken für die Selbstversicherung sind fortzufallen; die Selbstversicherung soll in jeder Lohnklasse zulässig sein.

Die Wartezeit für die Renten ist gekürzt und für die vorgesetzliche Zeit der Nachweis über die „vorgesezte Lohnarbeit“, der zu Rücksuchen geführt hat, so gut wie beseitigt. Die Erlangung der Invalidenrente ist infolgedessen auch erleichtert, als für die Feststellung der Erwerbsunfähigkeit dem freien Ermessen der Versicherungsanstalt größerer Spielraum gelassen ist. Die Versicherungsanstalten sind hinsichtlich ihrer Vermögensverwaltung unter eine schärfere Aufsicht gestellt.

Der revidirte Gesetzentwurf, die Organisation des Handwerks betreffend, dürfte in dieser Session kaum noch dem Reichstage zugehen. Einzelnen Blättermeldungen zufolge, hat es der Bundesrath, bei dem der Entwurf liegt, nicht so eilig damit Ueber den Entwurf selbst ist zu sagen, daß die Zwangsinnung als Prinzip fallen gelassen, und der Handwerksauschuß vollständig beseitigt ist, selbstverständlich auch der für diesen vorgesehene Gesellenausschuß. Der bisherige Gesellenausschuß für die Innung ist beibehalten. Kürzlich nun waren die Herren Berliner Händler zusammen und haben mordsmäßig aufgemaakt, daß sowohl der Bundesrath, als auch die Reichstagsmänner und die Sozialdemokraten schlecht weggekommen sind, verweist sich am Haude; und daß die konservativen Seilschreiber den Handwerkern zum so und sovielten Male versicherten, nicht allein mit Worten, sondern auch mit Thaten für ihre berechtigten Forderungen einzutreten zu wollen, bestrebt ja nicht weiter. Abgeordneter v. Galtich verhand es vortrefflich, den Händlern Honig um den Mund zu schmieren, indem er sie als die Hennen bezeichnete, die goldene Eier legen. Stürmischer Beifall. Tischlerobermeister Marschall berichtet, daß Minister Preßler ihm gegenüber ausdrücklich anerkannt habe, daß das Handwerk sehr vernachlässigt worden sei. Junker v. Plö b g will nicht eher ruhen, als bis die Forderungen der Handwerker erfüllt sind; daß sie vorläufig auf den Befähigungsnachweis verzichtet hätten, sei ihnen als Schwäche ausgelegt; ergo muß die Forderung wieder gestellt werden. Eine Resolution, in welcher der Regierung das Mißfallen der Versammlung ausgesprochen und die Wiederherstellung der Verleptischen Organisationsvorlage verlangt wird, wurde angenommen.

Auch die Hamburger Innungsmeister protestirten gegen den revidirten Entwurf, und glauben, wie aus einer Resolution hervorgeht, daß mit Einführung der Zwangsinnungen, „Ruhe und Zufriedenheit in dem nach Millionen zählenden Bürgerthum eintreten und der Reich der staatsfeindlichen Elemente zum Umsturz von Thron und Altar auf friedlichem Wege gehemmt“ werden kann. Offentlich werden die Händler daran noch recht lange vergeblich glauben. Der Hamburger Senat soll seinen Einfluß im Bundesrath für Annahme der ersten Vorlage geltend machen. Malermeister B o s s — Derjenige, welcher seinerzeit die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbilder der Parteilichkeit bezichtigte, und trotzdem ihm das Gegentheil bewiesen, den traurigen Rath beiaß, die Beschuldigung nicht zurückzunehmen — kennt seine Pappenheimer, er beschränkt nämlich, daß der Senat dem Wunsche der Versammlung nicht Folge leisten werde. Uns kann es recht sein.

Den geschäftlichen Nutzen der Ausstellungen festzustellen, hat das bayerische Generalmuseum in Nürnberg durch Umfrage bei den Ausstellern der zweiten bayerischen Landesausstellung übernommen. Der verarbeitete Fragebogen enthält vier Spalten: Anzahl der Verkäufe, der Bestellungen und je den Werth derselben. Nach den eingelaufenen Antworten wurden abgeschlossen: 9117 Verkäufe mit einem Gesamtwert von M. 1 881 769,77, 8728 Bestellungen mit einem Gesamtwert von 1 500 017,45. Dazu kommt noch der Werth der in der Kunstabtheilung abgeschlossenen Verkäufe mit M. 81 224,83, so daß der durch die Ausstellung erzielte Gesamtumsatz einen Werth von M. 2 463 012,05 darstellt. Für Musikinstrumente wurden eingenommen M. 42 528,10, eine Summe, die zwar nicht gerade sehr groß ist, aber immerhin bei der beschränkten Anzahl der ausgestellten Musikinstrumente ihre Bedeutung hat. Auch erschnpft diese Zahl bei Weitem nicht den praktischen Werth der Ausstellungen. Gerade aus Anlaß dieses Enquete hat die überwiegende Mehrzahl solcher Aussteller, die einen direkten, in Zahlen sich ausdrückenden Nutzen nicht nachweisen konnten, anerkannt, daß sie aus ihrer Beteiligung an der

Ausstellung anderweitige Vorteile gezogen haben und mit voller Beschäftigung auf dieselbe zurückzuführen. Der Nutzen, der für die Arbeiter dabei herauskommt, ist nicht sehr bedeutend, für die Regel müssen diese, damit die auszustellenden Gegenstände jeder Art zur rechten Zeit am Plage sind, Tag und Nacht arbeiten, und wenn die Ausstellung begonnen, beginnt für sie die Zeit der Krise, d. h. sie werden wegen Arbeitsmangel entlassen. Das zeigte die Hamburger Ausstellung 1889 und die Berliner im vorigen Jahre sehr deutlich.

Fette Dividende zahlten an ihre „nothleidenden“ Aktionäre folgende Aktiengesellschaften: Rheinisch-Westfälische Schiffahrts-Gesellschaft 20 pSt.; Vereinigte Spinnerel und Weberei in Hof 17 1/2; Bergwerks- u. G. Wiesenbach in Düsseldorf 16; Chemnitzer Aktien-Spinnerei 15; Kammgarnspinnerei in Leipzig 13 1/2; und der Aufsichtsrath der Kaiserlichen Maschinenfabrik und Eisenwerke schlägt der am 8. April stattfindenden Generalversammlung sogar eine Vertheilung von 40 pSt. Dividende vor. Deutsche Kontinental-Gesellschaft in Dessau 11 pSt. bei reichlichen Abschreibungen. Die Rhein. u. S. 20 pSt. Aktien-Gesellschaft für Montanindustrie in Berlin nicht unter 8 pSt. Der Verein chemischer Fabriken in Mannheim erzielte einen Reingewinn von M. 700000 gegen 600000 im Vorjahre. Von einer höheren Dividende als 6 pSt. wird abgesehen, weil die Uebernahme von M. 184000 neuer Aktien der Duisburger Kupferhütte aus Vereinsmitteln ermöglicht werden soll. Die Vereinigten Maschinenfabriken in Gießen a. Dr. erzielten einen Reinertrag von M. 1097800, und konnten 18 pSt. Dividende vertheilen; 26 pSt. des Ueberschusses gelangen zur Vertheilung von Lantidomen an den Vorstand, die Beamten usw., während M. 211950,92 dem Aufsichtsrath zum Theilen unter sich überlassen werden. — Die Berliner Diskonto-Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von M. 14100864.

Welch ein Geschäft mag die Arbeiter übernehmen, wenn sie erfahren, daß der von ihnen ererbte Reinertrag von den faulenzenden Aktionären schamlos in die Tasche gesteckt und wohl gar der Wunsch dem Herrn Direktor gegenüber geäußert wird, im nächsten Jahre wird das Geschäft hoffentlich noch etwas besser ausfallen. Wie lange noch?

An die Adresse deutscher Gefehrsfabrikanten. Mit allerdings nur 42 gegen 41 Stimmen nahm die zweite vorwiegliche Kammer ein Gesetz an, nach welchem Unternehmer mit Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden, welche Arbeiter durch Entlassung oder Androhung derselben oder sonstige Machtmittel davon abzuhalten suchen, am politischen Vereinsleben theilzunehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Wie aus wiederholten Anfragen ersichtlich, herrscht in manchen Bahnhöfen Unklarheit über die Frage, in welcher Höhe nach Einführung des 20 A. Wochenbeitrages die Prozente für die Sozialkasse zu berechnen sind. Aus der ganzen Diskussion über die Beitragserhöhung, welche während Wochen und Monate der Urabstimmung im vorigen Jahre vorausging, leuchtete aber mit unzweifelhafter Deutlichkeit die eine Absicht hervor, durch die Beitragserhöhung der Hauptklasse des Verbandes anzuhalten, sie in den Stand zu setzen, bei Streiks besser als bisher den gestellten Anforderungen genügen zu können. Unter diesem Gesichtspunkt bewegten sich die Debatten in den Versammlungen und in der Zeitung, und in dieser Voraussetzung fand auch die Urabstimmung statt. In dem Fiktural des Vorstandes an die Bahnhöfen, das die Bekanntmachung zur Voraussetzung der Urabstimmung enthält, findet sich diesbezüglich folgender Satz:

„Die Prozente sind wie bisher nur von 15 A. bezw. 5 A. Beitrag zu berechnen, da der eventuelle Zuschlag der Verbandsklasse ganz zu gute kommen soll. Dem nächsten Verbandstag bleibt vorbehalten, definitive Beschlüsse über die Höhe der Prozenten zu fassen.“

Nachdem dann durch die Urabstimmung der 20 A. Beitrag in diesem Sinne beschlossen wurde, sind also die Prozente für die Sozialkasse wie bisher nur von 15 A. — nach der im Anhangbuch enthaltenen Tabelle — zu berechnen, und zwar bis zum nächsten Verbandstag. Dieser findet im nächsten Jahre statt und wird eine entsprechende neue Normierung der Prozentberechnung vorzunehmen haben. Bis dahin sind die Quartalsabrechnungen der Bahnhöfen nach vorstehendem Grundsatze aufzustellen.

Die Aufsichtsrath betreffend das Mitglied Josef Paternmann, Tischler, in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Ztg.“ ist erledigt. Auch berücksichtigen wir hiermit, daß Paternmann sich die fragliche Bescheinigung nicht „von der Frau des Vertrauensmannes in Ofach verschafft“ hat, sondern der Vertrauensmann hat ihm dieselbe eigenhändig ausgestellt. P. ist dem Verband als neues Mitglied wieder beigetreten.

Folgende Mitgliedsbücher sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt:
 3227, Ludwig Schiller, Tischler, geb. 15. 11. 56 zu Weizsäcker
 37270, Heinrich Hinz, Tischler, geb. 20. 6. 50 zu Königsberg
 47999, Rudolf Klingeburger, Korbmacher, geb. 12. 8. 76 zu Weizsäcker
 84071, Aug. Edinger, Tischler, geb. 12. 6. 69 zu Göttingen
 108127, Adolf Reis, Drechsler, geb. 29. 6. 78 zu Göttingen
 115331, Max Gluck, Tischler, geb. 4. 9. 70 zu Berlin
 Stuttgart, 4. März 1897.
 Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung beschlossen, gemäß dem Antrag des Vorstandes den Ausschluß des Mitgliedes Paul Kunkel, Tischler, geb. 9. Juni 1864 zu Boffen, bekannt zu geben. Der Betreffende hat durch falsche Angaben wiederholte Unterstüzungen erhalten. Wenn die Gelder auch nachträglich zurückgezahlt wurden, so legte uns doch die äußerst raffinierte Art, wie die Leitung des Vorstandes betrieben wurde, die Verpflichtung auf, Kunkel aus dem Verband auszuschließen.

Die Bahnhöfe Bremerhaven versagte den Ausschluß des Mitgliedes Otto Schäfer, Tischler, (Buch-Nr. 109468) wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Der Ausschuss.

J. K.: Rob. Schmidt, Berlin SO., Rannpstr. 40, v. III.

Korrespondenzen.

Elberfeld. In Sachen der hiesigen Lohnbewegung tagte am Sonntag, den 7. d. M., abermals eine sehr gut besuchte öffentliche Holzarbeiter-Versammlung. Wenn die Arbeitgeber zu Anfang der Bewegung einen sehr brüskten und ablehnenden Standpunkt einnahmen, einem in einer Meisterversammlung anwesenden Kollegen der Lohnkommission die Thür zeigten, unsere Forderungen schroff ablehnten und den heroischen Beschluß faßten, bei Wiedereinstellung eines freitenden Gesellen M. 60 Konventionalstrafe zahlen zu wollen, so scheinen sie im Laufe der Zeit, dank dem treuen und solidarischem Zusammenhalten der Kollegen, zu einer besseren Einsicht gekommen zu sein. In der Berichterstattung über den Stand der hiesigen Lohnbewegung wurde vom Kollegen Wolke betont, daß die Meister bei einer späteren Meisterversammlung sich schon herbeigelassen hätten, Mitglieder der Lohnkommission hinzuzuziehen, um mit diesen zu unterhandeln. Sie forderten in der bewegten Versammlung von der Lohnkommission, den ersten Punkt, neunstündige Arbeitszeit, fallen zu lassen, alle übrigen Forderungen seien sie gewillt, zu bewilligen. Selbstredend wurde dieses Anerbieten zurückgewiesen. Die heutige Versammlung erklärte, an dem gestellten Forderungen festzuhalten und den Arbeitgebern gegenüber ein festes, trennes und solidarisches Zusammenhalten einzunehmen. Auf einer großen Anzahl von Bahnhöfen, wo keine Abänderung besteht, wurde heute, Montag, die Arbeit eingestellt. Hundert Arbeitgeber haben es nicht zu einer Einstellung der Arbeit kommen lassen, indem dieselben die Forderungen bewilligten. Mitteln ist in beiden Schwesterstädten Elberfeld und Barmen der Kampf entbrennt. In Anbetracht des sehr stetten Geschäftsganges und der Begeisterung, welche unter den Kollegen herrscht, wird auch der Sieg in kurzer Zeit auf unserer Seite sein.

Erfurt. (Situationsbericht.) Nachdem die hiesige Zahlstelle den Zahlstellenverwaltungen das Streikgeschick zur Genehmigung unterbreitet hat, ist es wohl notwendig, den Kollegen Deutschlands ein Bild der Verhältnisse im Tischlergewerbe am hiesigen Orte zu geben. Als im vergangenen Jahre der geschäftliche Aufschwung sich auch im hiesigen Tischlergewerbe bemerkbar machte, die Unternehmer dadurch erhöhten Gewinn erzielten, regte sich auch bei den Arbeitern der Wunsch, etwas davon für sich abzuholen, da bis jetzt die Erwerbsverhältnisse der hiesigen Tischler derartige sind, daß sie ein menschenwürdiges Dasein nicht ermöglichen. Als im Jahre 1890 die hiesigen Tischler die 10stündige Arbeitszeit und einigermaßen auskömmliche Affordblöhne errungen hatten, war damals die hiesige Mitgliederzahl eine recht erhebliche. In den darauffolgenden Jahren der Geschäftskrise ging dieselbe aber derartig zurück, daß die Unternehmer ihren Arbeitern Alles bieten konnten. Die Affordpreise wurden ständig reduziert; erhob ein Arbeiter Einspruch dagegen, so kam er schon an. „Wem's nicht paßt, der kann gehen, brauchen warten zehn Jahre!“ war die stündige Antwort bei den Erfurter Unternehmern. So kam es denn oft vor, daß Arbeiter, wenn der Afford zu Ende war, mit ein paar Mark die Woche nach Hause gingen. Weiter beziehen auch viele hiesige Geschäfte Berliner und Eilenburger Möbel, natürlich meistens sehr fragwürdige Waare, die am richtigsten mit dem Wort „Schundwaare“ zu bezeichnen ist. Diefelbe wird dem hiesigen Publikum als gute, selbstgefertigte Waare präsentiert. Aus leicht begreiflichen Gründen ist dann der Arbeiter gar oft gezwungen, bei Ablieferung solcher Möbel zum Käufer zu werden, da das hiesige Publikum eine starke Abneigung gegen diese Möbel hat. Verschiedene Unternehmer führten auch wieder die 11stündige Arbeitszeit ein. Ueberstunden wurden zu demselben Stundenlohn gemacht, wie zu gewöhnlicher Arbeitszeit. Verlangte ein Arbeiter etwas mehr dafür, so wurde diese gerechte Forderung vom Arbeitgeber gewiß als der Gipfel der Unverschämtheit bezeichnet. Auch waren viele Kollegen froh, Ueberstunden machen zu dürfen, um ihren karglichen Verdienst etwas zu erhöhen, gar oft wurden sie bei Affordarbeit auch für umsonst gemacht, da die Arbeiter, wenn sie Ueberstunden gemacht hatten, am Zahltag nur den üblichen Wochenlohn ausbezahlt erhielten, war dann der Afford zu Ende, war auch das Geld alle, und für die Ueberstunden nichts übrig geblieben. Wie schon Anfangs erwähnt, regte es sich im vergangenen Jahre unter den hiesigen Tischlern. Die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes hatte einen erfreulichen

*) Das ist entschieden zu verurtheilen, weil dadurch die Schundwaare geradezu begünstigt wird. Die Berliner Tischlermeister werden es den Tischlergehilfen Erfurt's sicher nicht Dank wissen, wenn sie das Publikum über die Qualität der Arbeit täuschen; sind diese doch selbst im vorigen Jahre der Schundwaarefabrikation — die notwendig die Schundware zur Folge hat — euerig auf den Leib gerichtet, warum sollten die Geilten in Erfurt denn darin zurückstehen. Nur ruhig die Wahrheit ansprechen; man bewahrt die Käufer vor Schaden, schützt sich und andere vor der Schundwarefabrikation und trägt dazu bei, der rechten und guten Arbeit die Achtung zu verschaffen, die ihr gebührt. Die Arbeiter haben daran sicher das größte Interesse, da sie in Verhältnissen, wo gute Arbeit angefertigt wird, im Durchschnitt viel besser bezahlt werden, kürzere Zeit, und zwar in Lohn arbeiten, als in den dreimal verurtheilten Schundfabriken. D. K.

Mittgliebernachs zu verzeichnen, es wurden mehrere öffentliche Versammlungen abgehalten, wo die Lage der Kollegen eingehend erörtert wurde. Wegen vorgerückter Zeit, aber auch um die Kollegen mehr darauf vorzubereiten, wurde im vergangenen Jahre von einer Lohnbewegung abgesehen. Als Forderungen wurden aufgestellt: Ein Zuschlag auf Lohn- und Affordarbeit, Garantierung des vereinbarten Wochenlohnes bei Affordarbeiten, bessere Bezahlung der Ueberstunden, Einführung der 10stündigen Arbeitszeit in solchen Werkstätten, wo bisher noch länger gearbeitet wurde. Die Bauhändler, welche durchgängig noch 11 Stunden arbeiten und meistens in Waagegeschäften mit Zimmerleuten zusammen arbeiten, haben ihre Forderungen gleichzeitig mit denselben erhoben. Sie verlangen 10stündige Arbeitszeit und 25 A. Stundenlohn. Kollegen, nun ist die Zeit bald gekommen; wir hoffen, die gewiß bescheldenen Forderungen auf gültigem Wege zu erreichen, aber wir bitten die reisenden Kollegen, darauf Rücksicht nehmen zu wollen, daß es auch zum Streik kommen kann. Die Stimmung unter den hiesigen Kollegen ist gut, also vorwärts zum Kampf und Sieg.

Hannover. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Tischler seit 1890, und welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um diese Verhältnisse zu verbessern, lautete das Thema, über welches Kollege Bedner in einer von 500 Tischlern besuchten öffentlichen Tischler-Versammlung am 28. Februar referierte. Er führte etwa Folgendes aus: Die hiesigen Tischler sind seit dem Streik von 1890 schon mehrfach zusammengetreten, um sich über event. zu unternehmende Schritte zu einigen; das Resultat ist jedoch bis jetzt immer ein negatives gewesen, weil nach Beendigung des Streiks von 1890 die Kollegen wieder gleichgültig geworden und die Organisation vernachlässigt haben. Auch der Anlauf, der im vorigen Jahre unternommen, hatte die Erwartungen getäuscht. Und so ist es denn dahin gekommen, daß der erkämpfte Minimallohn von M. 21 wieder bedeutend gesunken und die 9 1/2stündige Arbeitszeit wieder erhöht ist. Schon 1891, also 1 Jahr nach der siegreichen Beendigung des Streiks, haben wieder circa 600 hiesige Gesellen 10 Stunden gearbeitet, und 400 sind bereits wieder unter dem Minimallohn bezahlt worden. Dieser Niedergang hat dann weiter angehalten, so daß man jetzt mit noch viel schlechteren Verhältnissen zu rechnen hat. Nach der im Vorjahr beschlossenen und kürzlich auch beendeten Aufnahme einer Statistik stehen die Verhältnisse jetzt so, daß nur noch 439 Kollegen den 9 1/2stündigen Arbeitstag haben. Der Durchschnittslohn steht jetzt auf M. 19,22, während er nach Beendigung des 1890er Streiks auf M. 22,50 stand, demnach ist also der Durchschnittslohn circa M. 2 unter dem Minimallohn gesunken. Nach der Statistik arbeiten jetzt von den annähernd 1200 Gesellen, welche die Fragebogen beantwortet haben, 2 Gesellen für M. 10 (1), 27 für M. 12 (1), 42 für M. 15, 22 für M. 16, 100 für M. 17, 280 für M. 18, 221 für M. 19, 320 für M. 21, 26 für M. 20,20, 64 für M. 22, 27 für M. 22,10, 62 für M. 24, 2 für M. 25 und 2 für M. 30. Von den übrigen hier noch anwesenden Tischlern ist der Lohn nicht festgesetzt. — Die Statistik zeige also, so führt der Referent weiter aus, daß die Lage sich so verschlechtert habe, daß wieder etwas zur Verbesserung unternommen werden müsse. Nun sei die Geschäftskonjunktur für das kommende Frühjahr jedenfalls eine günstige, aber man müsse wohl prüfen, ob die Organisation stark genug sei, um eine Lohnbewegung unternehmen zu können. Die Bedingungen seien insofern nicht günstig, als die Arbeiterschaft soeben erst für den Hamburger Streik große Opfer gebracht habe. Man müsse also event. damit rechnen, daß man sich die ersten 14 Tage eigene Kräfte zu verlassen habe. Man möge also nach allen Seiten hin ernstlich prüfen und darnach den Entschluß treffen. — Larnow meint, es könne sich jetzt nicht mehr darum handeln, ob etwas geschehen, sondern wie vorgegangen werden solle. Würde nichts zur Verbesserung unternommen, so sei im nächsten Jahre der Lohn ein noch bedeutend niedrigerer. Je niedriger der Lohn sinke, desto schwerer halte es, ihn wieder auf die 1890 errungene Höhe zu bringen und das sei doch das Mindeste, was man verlangen müsse. Die Meisterschaft selbst könne den Lohn auch garnicht halten, das lasse die Konkurrenz nicht zu. Bedinglich Sache der Gesellen sei es, auf der Hut zu sein. Bedner glaubt auch, daß es im Allgemeinen ohne Streik abgehen werde, wenn man die alte Forderung von 1890 wieder aufstelle. Ein Theil der Kollegen bekomme ja den Lohn noch, die realen Geschäfte würden auch bewilligen und die übrigen, die sich sträubten, würden durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden. Bedner stellt alsdann den Antrag, M. 21 als Minimallohn zu fordern und die 9 1/2stündige Arbeitszeit zu verlangen. Für Ueberstunden müsse 15 A. Zuschlag gezahlt und als Durchschnittslohn 40 A. pro Stunde erreicht werden. — Derbe betont, er könne nicht mit so fertigen Worten wie 1890 für eine Lohnbewegung agitieren, weil die Loyalität unter den Kollegen zu groß geworden sei. Bedner führt außerdem verschiedene Faktoren in's Feld, wie die Entwicklung der Technik und des Großkapitals und den bekannten Standpunkt der Behörden. Der Arbeiter sei bei Lohnbewegungen von vornherein im Nachtheil. Er (Bedner) könne sich deshalb nicht so leicht für eine Lohnbewegung entschließen. Er mache den Vorschlag, noch 5 Wochen zu warten und inzwischen durch Ausgabe von Marken einen Streikfonds anzusammeln. Innerhalb dieser 5 Wochen könnten dann die Kollegen beweisen, ob es ihnen Ernst mit ihrem Vorgehen sei. Außerdem sei ihm die Versammlung nicht darnach besucht, um ein sofortiges Vorgehen zu beschließen. Auch seien die Kassen der Arbeiter-Organisationen infolge des Hamburger Streiks augenblicklich sehr erschöpft. — Battermann kritisiert das Verhalten derjenigen Kollegen, die, obwohl sie im Verbands seien, doch für Löhne arbeiteten, die geradezu erbärmlich zu nennen seien, insbesondere treffe dies bei Affordarbeiten zu. Bedner meint, wenn was Ordentliches geschaffen werden solle, müßten auch die Affordpreise festgelegt werden. — Friede steht auch auf dem Standpunkte, daß der Verband nicht kräftig genug sei, um zur Zeit eine Lohnbewegung unternehmen zu können. — Woltmann weist statistisch nach, daß der Verband beim Streik 1890 noch bedeutend schwächer gewesen sei. Damals hätten nur 400 Kollegen der Organisation angehört, heute seien es über 500. Bezüglich der Ansicht Derbe's, daß die Versammlung nicht stark genug besetzt sei, um einen entscheidenden Beschluß zu fassen, stellt sich Bedner auf den gleichen Standpunkt. Der Zeitpunkt, den Derbe für definitive Beschlüßfassung angegeben, sei indess zu weit hinausgerückt. Bedner stellt deshalb den Eventualantrag, 3 Wochen festzusetzen. Mit partiellen Streiks, wie sie Derbe vorgeschlagen, ist Bedner nicht einverstanden. Diese würden sich sehr in die Länge ziehen und außerdem auch theurer werden. Der Ansicht Derbe's, zwischen Streikmarken zu vertheilen, ist Bedner ebenfalls und stellt deshalb den Antrag, 25 A. Marken anzufertigen und dem Bureau das Weitere zu überlassen. —

Spacht ist für die sofortige Proklamierung des Streiks. — Larnow verteidigt seinen Antrag, ist aber event. bereit, die Beschlussfassung auf 3 Wochen zu verschieben. — Schließlich wird folgende Resolution gegen 1 Stimme angenommen: „Die am 20. Februar im Saale des „Ballhoies“ tagende öffentliche Tischlerversammlung erkennt an, daß ein Vorgehen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Nothwendigkeit geworden und unbedingt erforderlich ist. Die Versammlung hält aber den heutigen Abend für eine definitive Beschlussfassung nicht geeignet und überläßt es daher einer später einzuberufenden Versammlung, definitive Beschlüsse über die aufzustellenden Forderungen und des weiteren Vorgehens zu fassen.“ Die Frage, wann diese Entscheidung fallen solle, ward mit demselben Stimmenverhältnis dahin erledigt, daß der Wolkmann'sche Antrag zur Annahme gelangte. Der Antrag bezüglich Ausgabe der Streikmarken gelangte einstimmig zur Annahme. Mit der Aufforderung, nun aber auch Alles anzubahnen, um die Bewegung zu einer siegreichen zu machen, wird alsdann die Versammlung geschlossen.

Saaldorf. Ein wirklicher Arbeiterfest feierte unsere Zahlstelle am 21. Februar. Am 1. März war es ein Jahr, seit wir dieselbe gründeten, und glaubten wir den indifferenten Kollegen Gelegenheit zu geben, an unserem Stiftungsfest theilzunehmen und die Feste des Kollegen Weber aus Stintgart zu hören, die sicher auf eine agitatorische Wirkung zugeschnitten war. Kollegen aus Schwablich Hall waren ja 60 anwesend. Welch große Augen machten die Saaldorfer Einwohner, als diese stattliche Anzahl organisierter Kollegen und ihre Begleitinnen einmarschirten. Die hiesigen Arbeiter hatten sich nur spärlich eingefunden, aber bei Priegerfesten und Beamten-Abchiedsfestern fehlen sie nie. Kollege Weber schilderte in schwungvoller Rede die Bedeutung der Arbeiterorganisationen; die fortgeschrittene Technik dränge auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und Anheftung der Arbeiter an den Errungenschaften der Kultur und Wissenschaft. Um dies zu ermöglichen, seien die Organisationen notwendig. Manches sei durch sie erreicht worden; auch der gewaltige Kampf in Hamburg wäre nicht verloren gegangen, wenn die Arbeiter von vornherein stark organisiert waren. Organisation müsse die Lösung aller Arbeiter sein, dann erst könne und würde es besser werden.

Gera. Am 28. Februar sprach Kollege Reusch aus Leipzig in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung über das Thema: „Das untergehende Handwerk und seine Rettung.“ Referent schilderte in eingehender Weise, wie das Handwerk durch das Großkapital allmählig verschwindet, sobald besoldete er in drastischen Stufen das Innungswesen, selbst bis zu einem noch mangelhaften Kuffakern, um dann ganz zu verschwinden, wobei er auch die in Gera neugegründete Innung auf's Schärfste kritisierte. In der darauffolgenden Diskussion wurde die Lehrlingsfrage der hiesigen Innungsmeister einer eingehenden Kritik unterzogen. Auch waren einige Innungsmeister erschienen, welche sich an der Debatte beteiligten, konnten sich aber mit einigen Ausführungen des Referenten nicht einverstanden erklären und zwar behaupteten sie, sich organisiert zu haben, um bei etwaigen Differenzen den Arbeitern gewappnet gegenüberzutreten, vielmehr wollten sie die Harmonie zwischen beiden Theilen herstellen. Kollege Reusch belehrte sie jedoch eines Besseren, so daß sie mit einer Niederlage abziehen mußten. Zum zweiten Punkt erörterte die Werkstättenkommission Bericht über ihre Thätigkeit. Derselbe schilderte ein trauriges Bild über die Erwerbsverhältnisse am Orte zu Tage. Darnach betrug (bei sämtlichen Berufen im Durchschnitt gerechnet) der Lohn bei Tischlern und Musik-Instrumentenmachern M. 15,50, die Arbeitszeit 10 $\frac{1}{2}$ —11 Stunden; bei Drechslern M. 14, Arbeitszeit 11 Stunden, Büchsenmachern M. 13,50 und 11 Stunden Arbeitszeit. Von Stellmachern und Korbmachern konnten wir leider keine Statistik aufstellen, da dieselben es nicht für nöthig halten, sich zu organisieren, aber Konstatieren können wir, daß dieselben ein noch viel elenderes Dasein fristen müssen, wie alle übrigen Berufe, denn sie haben noch eine 12—13stündige Arbeitszeit, der Lohn schwankt zwischen M. 11—12. Man sieht hieraus wieder, daß gerade da, wo die längste Arbeitszeit herrscht, der niedrigste Lohn gezahlt wird. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im „Goldenen Adler“ tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung beauftragt, auf Grund der Statistik eine Kommission von 5 Mann zu wählen, welche einen Tarif ausarbeitet und der nächsten öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung event. später der Meisterschaft unterbreitet.“ Nun, Kollegen, wenn Euch an einer Aufbesserung Eurer Lage was gelegen ist, so schließt Euch der Organisation an, laßt endlich einmal die alte persönliche Meiberei und die faule Ausrede: „Es wird doch nicht anders“ oder „es kostet so viel Geld“. Beherrschet die alten Sprichworte: „Einigkeit macht Kraft“ und „Ohne Opfer kein Kampf, ohne Kampf kein Sieg“. Des Weiteren verweisen wir auf unsere Korrespondenz in No. 8 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Da uns Differenzen bevorstehen, möchten wir die reisenden Kollegen schon jetzt ersuchen, Gera zu meiden. NB. Unsere Herberge befindet sich Gasthaus „Zum grünen Baum“, Ritterburgerstraße, und ersuchen sämtliche Reisende, nur da zu verkehren.

Ludwigshafen. Wie es mit den Arbeitsverhältnissen am Orte aussieht, mögen folgende Stellen beweisen. Winterarbeit ist für ansässige Kollegen in Fülle vorhanden, wenn sie Schmelz, Schränte für Militärbedarf und bessere Militärwägen — flüden wollen. Verheiratete bekommen einen Lohn von M. 2,50 — 3 pro Tag. Ledige M. 4—7 pro Woche. Lebensmittel sind nicht billig und Wohnungsmiete beträgt pro Jahr M. 150—180. Ein Großunternehmer, Namens Siller, ist hier am Orte, der so billig produziert, daß die kleinen Handwerker unmöglich mit ihm konkurrieren können. Daher kommt es denn auch, daß weder die kleinen Arbeitgeber noch deren Gesellen etwas verdienen können. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschloß, gegen die Arbeiter der Werkstätte des Herrn Siller energisch vorzugehen, d. h. sie zum Eintritt in die Organisation aufzumuntern. Man sollte, wie die Dinge liegen, kaum glauben, daß dies nöthig wäre; und doch ist es so. Kürzlich hatten einige Arbeiter, die mit der besseren Siller'schen in der Artilleriekaserne beschäftigt sind, es gewagt, etwas mehr Lohn zu fordern, sie erhielten aber die Antwort, daß einer seiner Arbeiter, der schon 4 $\frac{1}{2}$ Jahre bei ihm beschäftigt sei, die Käfen, die sie nicht machen wollten, von Sorgen gerne reparieren würde.“ Hoffentlich gehen den Kollegen, die bei dem Großunternehmer Siller arbeiten, recht bald die Augen auf; und sie werden dann wohl begreifen, daß es vorthelhaftester für sie ist, wenn sie sich ihren Berufslogen im Holzarbeiterverbande anschließen.

Wandsbeck. Die hiesige Zahlstelle beschäftigte sich Ende Februar mit folgendem Antrag: Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages für die gemäßigten Hafenarbeiter und Seeleute.

Es wird hervorgehoben, daß durch den Hafenarbeiterstreik-viele Arbeiter arbeitslos geworden sind und für ihre Thätigkeit auch noch mit Polizei und Gerichten in Konflikt gerathen sind, und daher viele Familien mit Noth und Entbehrungen zu kämpfen haben. Die Gewerkschaftskarte von Hamburg Altona und Wandsbek beschloß, für die Unterstützung der Gemäßigten Quittungskarten auszugeben, in welche jede Woche Marken ein-geklebt werden und zwar für männliche Arbeiter im Betrage von 50 M. und M. 1 und für weibliche im Betrage von 30 M. Arbeitslose zahlen nichts, müssen die Arbeitslosigkeit aber auf der Karte vermerken lassen. Der Beschluß der Karte wird einstimmig angenommen. Zur Einkassirung der Gelder wurde eine Kommission von vier Kollegen gewählt. Der Kartellbericht, sowie der Bericht der Lohnkommission werden ohne Debatte angenommen. Zum Schluß fordert der Vorsitzende die Werkstättenbelegierten nachanz, die Statistikbogen so bald wie möglich abzuliefern.

An die Holzarbeiter von Rheinland u. Westfalen.

Das unterzeichnete Comité geht bekannt, daß dasselbe in kürzester Zeit ein Flugblatt herauszugeben beabsichtigt. Die Zahlstellenverwaltungen und Einzelmitglieder werden dringend ersucht, so schnell wie möglich ihren Bedarf anzugeben, damit die Verfertigung sofort erfolgen kann. Gleichzeitig werden die Ortsverwaltungen ersucht, bei Anträgen an Referenten Thema, Zeit und Lokal der Versammlungen anzugeben, um unnöthige Schreibereien zu vermeiden. Desgleichen wollen diejenigen Kollegen, welche in der Lage sind, als Redner aufzutreten, ihre Adresse, sowie die Thematika, worüber dieselben referiren, an uns einreichen.

Das Agitationscomité der Holzarbeiter von Rheinland und Westfalen. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an Aug. Hartung, Eberfeld, Bischofsstr. 14.

Eingekandt.

Oberhausen, den 20. Februar.
In Nummer 7 der „Holzarbeiter-Zeitung“ befindet sich ein Bericht aus Oberhausen, der sich am Schluß auch mit meiner Person beschäftigt. Es heißt da, zum 2. Punkt der Tagesordnung lag der Protest des Mitgliedes Traute vor gegen die Wahl des Kollegen Rusche zum Bevollmächtigten und der Protest sei eine „gemeine Wache“ gewesen. Ob das so ist, mögen die Kollegen aus Folgendem selbst beurtheilen. Den Protest habe ich erhoben aus folgenden Gründen. Der jetzige Bevollmächtigte, Kollege Rusche, hat im vorigen Sommer die Kopfstege einer hier erscheinenden Arbeiterzeitung übernommen und vier Monate kopiert. Er wurde sofort mit M. 150 unterkühlt, um einen guten Anfang zu haben; aber alsbald sah man ein, daß man einem Unwürdigen Vertrauen geschenkt hatte, er sammelte zwar die Abonnementsgelder ein, vergaß jedoch, das Geld an den Verlag abzuliefern, und hat auf diese Weise verschiedene Verlagsanstalten auch noch um höhere Beträge gepörrt, was der hier so jungen Bewegung einen kräftigen Schlag versetzte. Auch hat er auf schwindelhafte Art einem anderen Kollegen Geld abgeborgt, natürlich auch demselben die heute nichts zurückgezahlt, trotzdem schon ein Jahr verlossen ist; ich glaube, daß diese Grände schon genügend sind, um zu beurtheilen, ob es eine gemeine Wache war. Bemerk sei, daß wir noch mehr Material zur Verfügung steht. Weiter heißt es: Daß es mir nur darauf anläme, den Verband zu reorganisieren. Nun möchte ich doch die Einsender bitten, daß sie einmal auf die Werkstätten gehen und die Kollegen, wo ich gearbeitet habe, fragen, ob ich nicht stets die Indifferenzen aufgefördert habe, doch dem Verband beizutreten.

Ich soll ferner gesagt haben: „Die Gewerkschafts-Organisation hatte keinen Zweck und zum 1. Januar ließe ich mich freilassen.“ Die Artikelschreiber haben es mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen. Ich habe nur gesagt — es war bei Erhöhung der Beiträge —, daß ich nicht dafür sei, da man schon so monatlich eine ziemliche Summe zu zahlen habe und daß wir bei Erhöhung wohl viele Mitglieder verlieren würden, aber daß ich mich habe freilassen lassen wollen, davon ist mir nichts erinnerlich. Auch von meinem Benehmen im Vereinslokal ist da die Rede; man möge mir doch sagen, worin das ungebührige Benehmen bestehen soll, oder glaubt man sich lächerlich zu machen?

Die Abstimmung soll alsdann 17 für und 3 gegen Rusche ergeben haben, das ist richtig, nur eines ist dabei auffallend, wie kommt es, daß gerade die Kollegen, die die Sache mit Rusche genau wissen und ihn schon lange kennen, gegen ihn stimmten und nur diejenigen, die hier noch fremd sind, für ihn stimmten. Jedoch der schöne Traum, daß es immer so bleiben würde, erfüllt sich nicht, da eine ganze Anzahl, die für ihn waren, jetzt gegen ihn sind.

Auch die am Sonntag, den 14. Februar, hier stattgefundene öffentliche Gewerkschaftsversammlung nahm einstimmig einen Antrag an, monach Personen, die der Organisation oder der Partei etwas schulden, nicht eher eine Vertrauensstellung bekleiden dürfen, bis sie ihren Verpflichtungen derselben gegenüber nachgekommen sind. In dieser Versammlung war Rusche ja auch anwesend, hat sich jedoch bald verabschiedet, als ein bekanntes Wort mehrere Male mit Bezug auf seine Person fiel. Im Uebrigen bin ich gerne bereit, mit weiteren Eingekandts zu dienen, wenn Rusche dazu Veranlassung giebt.

Alle vorstehenden Eingekandts einberechnen:
P. Simon, Kassirer.

*) Daran ist uns sehr wenig gelegen; möge man solche Sachen doch lieber am Orte selbst abmachen und die „Holzarbeiter-Zeitung“ damit verschonen; denn sicher ist, daß sich die Kollegen anderer Orte für die schmutzige Wäsche in Oberhausen nicht interessieren.
Die Redaktion.

Aus den Bernen der Holzbranche.

Zur bevorstehenden Lohnbewegung in Eberfeld.
Eine am 28. Februar zahlreich besuchte Tischlerversammlung erklärte sich mit großer Majorität für die Arbeitszeiteinstellung, falls die Meister die Forderungen nicht im Laufe dieser Woche bewilligen. Köbel gab zunächst den Bericht über das Ergebnis der bisher angebahnten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Darnach haben diese sich in jeder Beziehung den Forderungen der Arbeiter schroff gegenübergestellt; sie sind

nicht zu der von der Lohnkommission euberufenen Meister-versammlung erschienen und haben ihn, Köbel, als er sich zu der am Freitag in den „Dier Jahreszeiten“ tagenden Meister-versammlung eingefunden hatte, vor Beginn der Verhandlungen ausgewiesen. Gräfer giebt ein allgemeines Stimmungsbild und stellt Vergleiche an zwischen dem Verhalten der Barmer Schreinermeister und dem der Eberfelder. In Barmen haben 16 Arbeitgeber mit 200 Arbeitern die Forderung anerkannt und es sei anzunehmen, daß auch die anderen nachgeben, noch bevor es zur Arbeitszeiteinstellung komme. Köbel müsse er mittheilen, daß der Eberfelder und Barmer Streik die Genehmigung der auswärtigen Zahlstellen nicht gefunden habe. Die hiesigen Tischler seien also auf sich selbst und die Eberfelder Arbeiterschaft angewiesen, falls sie in den Kampf einzutreten wollen. Aber angeht die Erfolge in Barmen und in der Werkstatt von Dachmann & Rothhoff könnten sie den Kampf wohl doch wagen. Gulten die Kollegen zusammen, so könne der Sieg nicht zweifelhaft sein. Die Arbeitgeber stellen sich anfangs hochbetting, das ist in der Regel immer der Fall, aber seit zehn Jahren sind dieselben nicht so mit Arbeit überhäuft gewesen, als gerade jetzt. Auch seien sich die Meister selbst nicht einig, wie die Abstimmung in ihrer Versammlung, wo sich viele der Abstimmung enthielten, gezeigt habe. Ferner haben sich einige Meister entgegenkommend gezeigt.

Der Vorsitzende bringt einen Antrag von Stieglitz zur Verlesung, wonach die Versammlung beschließen möge, angeht des guten Willens unter den Kollegen und den schon erzielten Erfolgen in Barmen und Eberfeld auch ohne die Zustimmung des Verbandes in den Streik einzutreten. Die Lohnkommission soll beauftragt werden, bei dem Verbandsvorstand eine Anleihe von M. 15000 aufzunehmen. Es entspinnt sich eine sehr lebhaft Debatt; die meisten Redner sind der Meinung, daß es ein Zurück nicht mehr gebe und daß bei neuem Zusammenhalten der Kollegen ein Streik in ganz kurzer Zeit gewonnen sei, vorausgesetzt, daß es die Arbeitgeber überhaupt auf einen Streik antommen lassen werden. Der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle des Verbandes, P. Kolbe, ist anderer Meinung, er hält sich für verpflichtet, vor Ueberretungen zu warnen. Die auswärtigen Zahlstellen haben den hiesigen Streik nicht genehmigt, weil zu wenig Kollegen organisiert sind. Mit Rücksicht darauf beantrage er, in diesem Jahre es auf einen Streik nicht ankommen zu lassen, sondern die Organisation zunächst zu stärken und dann bei günstiger Geschäftskonjunktur im nächsten Jahre von Neuem mit den Forderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Ein „Zurück“ sei jetzt wohl noch möglich, indem man Forderungen nicht mit Kampf resp. Streik verwechseln dürfe. In geheimer Abstimmung wird darauf der von Stieglitz gestellte Antrag mit 204 gegen 64 Stimmen angenommen. Hierauf 60 der Anwesenden enthielten sich der Abstimmung. Ferner wird beschlossen, daß diejenigen, welche in Ründigungsfrist stehen — es ist dies wohl die Minderheit — heute, Montag, die Ründigung einzuleiten, und diejenigen, welche keine Ründigungsfrist haben, am nächsten Samstag mit den Barmer Kollegen, deren Ründigungsfrist an diesem Tage abläuft, gemeinsam die Arbeit niederlegen sollen, falls die Arbeitgeber die Forderungen nicht anerkannt haben. Ründigungsformulare sind bei der Kommission (im Lokale Gerbracht, Bischofsstraße) zu haben. Mit einer Ermahnung an die Kollegen einerseits, besonders auch an diejenigen, welche mit „Rein“ gestimmt haben, fest zusammen zu halten, und andererseits, auch für die weiteste Verbreitung der „Freien Presse“ zu sorgen, auf welche sie bei dem Kampfe unbedingt angewiesen seien, erfolgte Schluß der durchaus würdig verlaufenen Versammlung.

Die Eberfelder „Freie Presse“ bemerkt zu dem Beschlusse: „Mit dem obigen Beschlusse ist die Wuppertthaler Arbeiterschaft wieder vor einen schweren Kampf gestellt. Derselbe wäre unleres Erachtens ganz bestimmt vermieden worden, hätten die Arbeitgeber nicht in einer nahezu an Denpfeillosigkeit grenzenden Probenhaftigkeit es abgelehnt, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Man bedenke, daß die Forderungen der Arbeiter so minimaler Natur sind: neunstündige Arbeitszeit anstatt der bisherigen 9 $\frac{1}{2}$ stündigen, 10 Pct. Lohnzuschlag bei Stundenarbeit und Sonntagsarbeit, 60 Pct. pro Stunde bei Umzügen und alle Woche-Freitags-Vöhung. Wahrscheinlich hätte die Lohnkommission auch noch mit sich reden lassen, bevor sie zum Streik rief, aber daß die Arbeitgeber Alles rund ablehnten, desgleichen eine jede Unterhandlung, das mußte dem Faß den Boden ausstoßen und die Arbeiter zu der Aktion bringen, daß es nun für ein Zurück nicht mehr gebe. Sie fühlten sich durch die Behandlung der Arbeitgeber einfach als Menschen zweiter Klasse, denen man das gesetzliche Recht, am Arbeitsvertrag mitzubestimmen und für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten, freitig machen wollte. Wir haben die Ueberzeugung, die Wuppertthaler Arbeiterschaft wird die kämpfenden Tischler nicht im Stich lassen.“

Wir können den Ausführungen des Bevollmächtigten nur zustimmen. Wenn die Genehmigung zur Führung des Streiks in Eberfeld-Barmen seitens der Zahlstellen verweigert ist, so geschah dies wohl einzig und allein nur der geringen Mitgliederzahl wegen, die beide Orte aufzuweisen haben. Die deutschen Kollegen können es nun nicht verhindern, wenn beide Orte gegen ihren Willen in den Streik eintraten; sie können aber dafür Sorge tragen, daß wenigstens der Bezug nach dort fest zu serngelassen wird. Wir können nur immer und immer wiederholen, daß zunächst organisiert werden muß, ehe an Streiks gedacht wird, und so lange diese Pflicht verabsäumt wird, sind die deutschen Kollegen verpflichtet, ihre Antwort dementsprechend abzugeben; dagegen läßt sich gornichts einwenden. Möchte man doch endlich allerorts die Lehre beherzigen, daß, wenn die Majorität entschieden, die Minorität sich unterzuordnen hat. Nicht viele Orte haben im vorigen Jahre auf eine Lohnbewegung verzichtet, theils weil die Mittel zur Lauterberg verwandt werden mußten, zum Theil, weil sie noch erst die Organisation kräftigen wollten, und das würde auch in Eberfeld-Barmen gut gewesen sein. Sollte es aber wirklich ein „Zurück“ nicht mehr geben, dann allerdings wird das private solidarische Eingreifen der deutschen Kollegen nöthig sein.
D. Red.

Die Stader Tischler haben in einer Versammlung beschlossen, folgende Forderungen zu stellen: Rechtsständige Arbeitszeit, 80 M. Stundenlohn, 87 M. für Ueberstunden, 10 Pct. Aufschlag für Arbeiten im Bau. Bisher sind in Stade 24 bis 26 M., in Ausnahmefällen 27 M. Stundenlohn gezahlt. M. 9 und 10 müssen für Kost und Logis vorausgabt werden, so daß für übrige Bedürfnisse wenig übrig bleibt. Bedauert wird, daß die Indifferenten nur spärlich in der Versammlung vertreten waren; obgleich diese auch gern nur zehn Stunden arbeiten und

wicht verdienen müßten, bleiben sie es bisher noch nicht möglich, so dem Besuche anzuschließen. Den Indifferenten ist es vornehmlich zu verbanen, daß die Arbeitszeit in Städte noch 11 und mehr Stunden dauert und der Lohn noch niedriger ist, als in dem zwei Stunden von Städte entfernten Dorfe Stein...

Die Holzarbeiter in Speyer haben an die Möbelfabrikanten und Schreinermeister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Wir wollen vom 20. April nächsthin ab eine zeitweilige Reduzierung der Arbeitszeit auf zehn Stunden bei gleichem Tagelohn und bei vorerwähnten Akkordarbeiten eine zehnprozentige Preiserhöhung mit Garantie des Tagelohns; ferner 25 pSt. Lohnzuschlag für Ueberzeitarbeiter zu Werktagen und 50 pSt. für Sonntagsarbeit. Verzeigte Klagen veranlassen uns, auch Abschaffung von Kopf und Logis bei den Herren Arbeitgebern zu beantragen. Weiter ist es unser allgemeiner Wunsch, die Lohnzahlung wöchentlich Samstags Abends vornehmen zu wollen. Wir erhoffen über Vorstehendes Ihre wohlwollende gütliche Beurteilung bezw. Antwort bis 1. April d. J.

Die Holzarbeiter in Ludwigshafen wollen dieses Frühjahr gleichfalls in eine Lohnbewegung eintreten. Hauptforderungen sind: neunzehnhalbtagige Arbeitszeit, 4 3/4 Mindestlohn, Abschaffung der Akkordarbeit, sowie 15 pSt. Lohnzuschlag und 50 pSt. für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit.

Die Dessauer Tischler konnten bis heute von ihren Meistern keine Zugeständnisse erlangen; die Meister wollen erst in einer öffentlichen (?) Versammlung Beschluß fassen. Zugang ist also ferngehalten.

Achtung, Möbelmeister! In der Fabrik von E. Reich in Siegen sind Differenzen ausgebrochen.

In der Berliner Maschinenfabrik von Hindelstein wurde den Arbeitern eine Lohnreduzierung zugemutet. Als sie damit nicht einverstanden waren, erfolgte ihre Entlassung.

Durch Einigkeit zum Siege, konnten die Kollegen in der Möbelindustrie von Herrn R. Weisenheimer & Sohn in Solich andern. Am 8. März wurden sie vorbestellt, um Bewilligung der zehnständigen Arbeitszeit und 20 pSt. Lohnzuschlag. In der Unterhandlung wurde ihnen erstere zugestanden und auch eine kleine Lohnreduzierung gewährt.

Wären sich die indifferenten Kollegen daran ein Beispiel nehmen, daß, wenn sie einzig zusammenstünden, immer noch, und zwar ohne Kampf, ein Vorteil zu erzielen ist.

Der Anstand der Tischler in Coblenz, Westf. J. & Schmidt, ist beendet. Beispiel ist am 7. März abgelehnt; einzelne Kollegen haben anderweit Arbeit gefunden und auch keine bekommen. Die Adresse des jetzigen Bevollmächtigten ist Bilanz, p. Adr.: Reichow, Schützenstraße 10.

Zur Lohnbewegung der Tischler in Elmshorn entschlossen wir der Schlesw.-Holst. Volks-Ztg. folgendes: „Wir sind bereits berichtet, sollte in dieser Woche abermals eine Unterhandlung mit den Arbeitgebern stattfinden, und im Falle, daß ein gütlicher Ausgleich nicht zu Stande kommen sollte, die Arbeit am Montag niedergelegt werden. Die am gestrigen Abend stattgefundenen Unterhandlungen haben zu folgendem Resultat geführt: Die Arbeiter verlangen einen Stundenlohn von 85 M — A 21 pro Woche, vereinbart wurde ein solcher von 83 M — bisher 82 M — pro Stunde. Die Arbeitgeber hatten in ihrer Versammlung beschlossen, an 82 M pro Stunde festzuhalten. Für Arbeiten außerhalb der Werkstätte, soweit dieselben einen halben Tag in Anspruch nehmen, 9 M Aufschlag bezahlt. Außerdem sind bewilligt 45 M pro Stunde beim Umziehen, statt wie bisher 31 M, und 25 pSt. Aufschlag für Ueberarbeiten. Diese Bedingungen, welche am 1. Mai d. J. in Kraft treten sollen, wurden in der Kommission, vorschaltlich der Genehmigung der Gesellen, sowie übrigen Meister, genehmigt. Soweit uns mitgeteilt wird, heißt der Genehmigung beiderseits nicht im Wege, und wäre somit die Lohnfrage auch im Tischlergewerbe in diesem Jahre erledigt. Wenn leitens der Arbeiter auch nicht Alles erreicht ist, so ist doch immerhin auf gütlichem Wege etwas erreicht.“

Die Sperre über die Welt'sche Korbmacher-Werkstatt in Köhlberg a. E. ist aufgehoben, da der Stein des Anstoßes, der sogenannte Werkführer, seine Entlassung erhielt.

Achtung, Musikinstrumentenarbeiter Leipzig! Alle Korrespondenzen und Mitteilungen, die den Beruf betreffend, sind an den Kollegen Gustav Müller, Leipzig-Gohlis, Dorstenerstraße 27, zu richten.

Ueber den Instrumentenbau im Ostlande schreibt das Leipziger Tageblatt: „Wichtige Ursachen haben zu dem schon oft besprochenen Rückgang der Musikinstrumenten-Industrie geführt; sie bestehen auch im neuen Jahre fort. Zunächst werden die Absatzverhältnisse unserer auf den Export angewiesenen Industrie durch die hohen Zölle, die überall auf Musikinstrumente erhoben werden, ungünstig beeinflusst; leidet in nicht zu erwarten, daß uns für die Zukunft das Hauptabgabegebiet, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, durch Zollrückstellungen besser gestellt werden — eher das Gegenteil könnte mit dem nahe bevorstehenden Präzedenzfall eintreten.“ Die Musikinstrumenten, welche in den letzten Jahren eine fast beispiellose Verbreitung gefunden haben, schmälern den Absatz unserer Instrumente sowohl im Inlande als im Auslande ganz bedeutend. Die Welt ist doch ungenügend Käufer des Musikinstrumentenbaues.

Der Präzedenzfall ist bereits am 3. März vorgefallen. Das Programm des neuen Präsidenten Mac Kinley läßt darauf schließen, daß die Einfuhr aus europäischen Staaten durch hohe Zölle sehr erschwert, zum Teil unmöglich gemacht werden dürfte. Mac Kinley will eben den Warenbedarf der Vereinigten Staaten durch die Produktion des eigenen Landes befriedigen, welche durch Einfuhr aus Südamerika bräun. Ob dies möglich ist, darüber wird die Zukunft klären. Die Hoffnungen, die sich ursprünglich an die Präzedenzfallwahl Mac Kinley's knüpften, scheinen recht trügerisch zu sein. Red. d. „Polzarb.-Ztg.“

wird weiter in Vorkredit gebracht durch die fabrikmäßige Herstellung von Blechinstrumenten und von Instrumententeilen. Obwohl schon im Jahre 1896 die Musikinstrumentenfabrikation nicht glänzend da stand, ist doch der vorjährige Absatz und namentlich die Ausfuhr abermals um circa 20 pSt. zurückgegangen. Der Export nach Rußland ist etwas besser geworden, seitdem der Handelsvertrag mit Deutschland zu Stande gekommen ist; auch das Geschäft mit Japan und China hat sich gehoben, seitdem diese Länder Frieden geschlossen und in kulturellen Wettbewerb getreten sind. Allerdings erreicht der Jahresbetrag der aus dem oberen Ostlande nach Japan ausgeführten Musikwaren nur etwa die Höhe von 25 000 jährlich, während sich der Wert der nach China exportierten Instrumente auch nur auf 10 000 bis 11 000 pro Jahr beläuft. — Wenn sich die Ausfuhr deutscher Musikinstrumente von 40 582 Doppelcentner im Werte von 14 722 000 im Jahre 1895 auf 42 060 Doppelcentner und einen Wert von 15 268 000 im Jahre 1896, sanach um 1478 Doppelcentner und 540 000 Wert oder um 3 1/2 pSt. gehoben hat, so entfällt die Zunahme wohl hauptsächlich auf die mechanischen Musikwerke. Von der Gesamtexport der Jahre 1896 erhielten die Vereinigten Staaten nur 6711 Doppelcentner oder 16 pSt., sonst oft über 20 pSt., wogegen sich England mit Aufnahme von 7812 Doppelcentner oder 18,5 pSt. auf die erste Stelle emporgeschwungen hat. Außerdem kommen noch als wichtige Kunden in Frage: Oesterreich-Ungarn, das 6212 Doppelcentner oder 14 1/2 pSt., Rußland, das 4124 Doppelcentner oder 9,8 pSt. und Brasilien, das 2040 Doppelcentner oder 4,8 pSt. der gesamten Ausfuhr erhielt.“

Die Fabrikation der mechanischen Musikwerke, schreibt das Leipz. Tagebl., die in den letzten Jahrzehnten gerade in Leipzig und Umgegend ganz erfreuliche Fortschritte zuweisen und auch im Auslande einen großen Absatz für ihre Waaren gefunden hat, ist seit einigen Jahren auch in den Vereinigten Staaten im Aufstiege begriffen. Die Ausfuhr dorthin ist dadurch, sowie durch die hohen Zölle, die auf den Musikinstrumenten aller Art bräun lahen, sehr zurückgegangen. Nur war aber bisher Oesterreich-Ungarn ein guter Abnehmer für solche mechanische Musikwerke, und die zunehmende Ausfuhr musikalischer Instrumente nach der französisch-ungarischen Monarchie ist fast lediglich auf Rechnung dieser Art von Instrumenten zu setzen. Jetzt besteht aber eine Fabrik für Musikinstrumenten in Wien, die, durch den hohen Zoll geschützt, ihre Werke innerhalb der schwarz-gelben Grenzlinie leicht absetzen kann. Dennoch haben alle hier bestehenden Musikinstrumentenfabriken sehr reichliche Beschäftigung. Einige sind nicht im Stande, die rege Nachfrage völlig zu befriedigen.

Die Ausfuhr von Musikinstrumenten im Jahre 1896 aus Deutschland nach Rumänien betrug an Wert für 71 Stück Flügel Frcs. 54 000, für 600 Pianinos und Orgeln mit Tasten Frcs. 247 200, für 3182 Stück Geigen, Gitarren und Mandolinen Frcs. 71 800, für 47 Cellos, Bässe u. Frcs. 5900, 4313 Stück Akkordeons, Harmonikas und Arfons Frcs. 185 760 für verschiedene Musikinstrumente 1342 Stück Frcs. 44 950. An Bestandteilen für Musikinstrumente wurden für Frcs. 8250 dorthin aus Deutschland eingeführt.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

In Straßburg i. Elz. sind 180 Steinhauer ausgeperrt. Die Situation ist nicht ungünstig für sie und hoffen sie daher ihre Forderungen bewilligt zu erhalten.

Die Stuttgarter Bauhandwerker beschlossen in einer am 6. März abgehaltenen Versammlung, dem Baugewerbeverein folgende Forderungen zu unterbreiten:

- 1. Achtstündigen Arbeitstag. 2. Einen Minimallohn von 35 M für Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter von beendeter Lehrzeit an, für Steinhauer einen solchen von 40 M. 3. Abschaffung der Akkordarbeit bei den Steinhauern. 4. Errichtung von heizbaren Bunkern. 5. Sofortige Auszahlung des Lohnes, auch bei freiwilligem Austritt. 6. Aufnahme aller Vereinbarungen in die geltende Arbeitsordnung.

Als Vertretung der Bauhandwerker zu Verhandlungen gilt die bestehende Bauhandwerkerkommission.

„Arbeitersekretariat Stuttgart, Unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann“ ist der Titel, der von der organisierten Arbeiterklasse von geschaffenen Institution, die nach den kürzlich gefassten Beschlüssen der Aufsichtskommission am 1. März d. J. ins Leben getreten ist. Als Leiter des Sekretariats ist der Schriftführer Agster gewählt worden. Das Sekretariat befindet sich Furtwachsenstraße 12, Hinterhaus, und wird geöffnet sein Vormittags von 9 bis 1 und Nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Die Gewerkschaftskarteile werden in der „Gleichheit“, Organ der sozialdemokratischen Frauen, dringend erjucht, so weit sie mit Fabrikdirektoren in Verbindung treten, um Beschwerden vorzubringen, doch in die betreffenden Kommissionen wenigstens eine Frau zu wählen, deren Aufgabe es sein soll, die Arbeiterinnen „auf das Wirken des gewerkschaftlichen Verbandsorgans“ aufmerksam zu machen, ihre Beschwerden über gesellschaftlich ungünstige Arbeitsbedingungen entgegenzunehmen, zu sammeln, dem Rat der Frauen vorzulegen, alle in der Hilfe das diebezügliche Material zu prüfen, kurz, alle jene Arbeiten zu leisten, welche durch das Frauenamt erleichtert und gefördert werden. Wo irgend es durchzuführen ist, da sollte man als weibliches Kommissionsmitglied eine Arbeiterin wählen. Denn in täglicher Berührung mit dem Kameradsinnen fällt ihr deren Vertrauen zu, erhält sie Kenntnis von Missethänden, welche auf anderem Wege — auch durch die Bezirkskommissionen — kaum je, wenn nicht zufällig ermittelt werden können.“

Wir danken auch, sagt die „Gleichheit“ weiter, nicht über die Schlichterinnen, welche einer Vertretung der Bewegung entgegenstehen. Arbeiterinnen, welche den Aufgaben in den Reichsberufskommissionen gewachsen sind, lassen sich nicht nach Belieben in jedem Orte auf der Erde kämpfen. Wohl aber können sie erproben werden, und im Interesse der Arbeiterinnen wie dem der Gewerkschaften wählen sie errogen werden. Nur ein Vorteil sei hier hervorgehoben: Jedem die Gewerkschaften zur Erledigung der neuen Aufgaben Arbeiterinnen heranzuziehen, gewinnen sie den einen neuen Schritt auf dem Wege zur

den indifferenten, unorganisierten Arbeitermassen, gewöhnlich diese, unter einem neuen Gesichtspunkte die Gewerkschaftsorganisation als ihre natürliche Interessenvertretung zu betrachten. Die weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Reichsberufskommissionen werden sich unter den Arbeiterinnen als treffliche Helferinnen für die Organisation erweisen.“

Der Streit über „lokale“ und „zentrale“ Organisation. Der Berliner Metallarbeiter-Verein hielt am Sonntag eine von etwa 2000 Personen besuchte außerordentliche Generalversammlung ab, um über den Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verein zu beraten. Nach einem Referat des Vorsitzenden des Berliner Verbandes (lokale Richtung) Blitt und nach eingehender Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„In Erwägung, daß durch die fortschreitende Technik und das sich stetig konzentrierende Kapital die Ausbeutung der Arbeit täglich intensiver wird; daß die Unternehmungsklassen sich mehr und mehr zusammenschließen, um selbst die berechtigtesten Forderungen der Arbeiter abzuwehren; erwartet die Versammlung eine dauernde Hebung der Lage der arbeitenden Klasse nur von einer gänzlichen Umwandlung der produktionskapitalistischen in eine sozialistische Produktion. Um dieses Ziel herbeizuführen und auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung die geistigen und materiellen Interessen der Berufsangehörigen möglichst zu wahren und zu fördern, ist eine starke Organisation notwendig.“

Die Versammelten, welche seit Jahren in einem nur auf Berlin beschränkten Verband organisiert sind und unter dieser Form verjährt haben, nach besten Kräften ihre Interessen zu vertreten, sind überzeugt, daß die beste Form der Organisation die lokale wäre, falls es gelänge, alle Berliner Metallarbeiter in derselben zu vereinigen. Da diese Möglichkeit nicht vorhanden, vielmehr der seit Jahren bestehende Streit über die Form der Organisation das einzige, ständige Verhängnis hindert, beschließt die außerordentliche Generalversammlung: Unter der Bedingung, daß die Anträge des Vorstandes des „Deutschen Metallarbeiter-Vereins“, welche in Nr. 8 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht sind, auf der Generalversammlung am 20. April in Braunschweig angenommen werden, den Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend“ aufzulösen und mit dem gesamten Baarvermögen und Verbandseigentum am 1. Juli 1897 in den „Deutschen Metallarbeiter-Verein“ anzutreten.“

Zu diesem Schritt können wir die Berliner Metallarbeiter begrüßen. Nicht deswegen, daß etwa das eine oder andere Stücken „lokal“ oder „zentral“ hier in Betracht käme, sondern einfach die Tatsache, daß eine so große Organisationsgruppe — circa 12 000 Mitglieder — frei von aller Staatsaufsicht um die beste Form der Organisation, sich mit ihrem Kampf- und Bundesgenossen, die im deutschen Verband organisiert sind, brüderlich die Hand reichen. In aller Ruhe und mit Besonnenheit hat sich hier das Einigungswort vollzogen. Freilich kamen hier nicht jene traurigen Gegenstände in Betracht, wie dieselben in Bauhandwerkervereinen, nur um die Existenz eines „Gewerkschaftsblattes“, von den brüderlichsten Personen groß gezogen sind; sondern hier standen sich Arbeiter gegenüber, die nur das eine hohe Ziel im Auge haben, den gemeinsamen Segnern, das immer brutaler auftretende Unternehmertum zu bekämpfen und Hilfe zu bringen allen denen, die unter dem heutigen wirtschaftlichen Druck, sich nicht mehr rüden und röhren können. — Nicht auf Berlin, nicht auf einen anderen Ort kann sich der Kampf des Proletariats beschränken, sondern gemeinsam muß der Kampf im Lande und über die Grenzen des Landes hinaus, geführt werden. Das Unternehmertum hat heute einen Vorsprung gegen die organisierte Arbeiterschaft, und da bleibt keine Zeit übrig, bei dem Streit um die beste Form der Organisation die Zeit zu vergeuden. Von diesem Gedanken aus haben die Berliner Metallarbeiter den obigen Beschluß gefaßt und es dürfte der am 20. April stattfindenden Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Vereins nicht schwer fallen, den geeigneten Weg zu finden, auf welchem der Anschluß des Berliner Verbandes an die Gesamtorganisation endgültig ausgesprochen werden kann. Durch die Verschmelzung des Berliner Verbandes mit dem deutschen Verbande kann der Streit um die beste Organisationsform in Metallarbeitervereinen als endgültig beseitigt betrachtet werden. Deshalb dürfen wir nicht nur die Berliner, sondern auch die deutschen Metallarbeiter hierzu beglückwünschen. Möchten die Handelsreisenden, Tapezierer, Stein- und Bauarbeiter von ihnen lernen.

Der Verbandstag der Buchbinder tagte Ende Februar in Halle. 28 Delegierte waren anwesend. Dem Geschäftsbericht des Vorstandes entnehmen wir u. A., daß die Umänderung des Verbandes von Vereinen in einen Verband von Einzelmitgliedern von großem Vorteil gewesen sei. Durch die beschlossene Erhöhung der Kartenzahl von 18 auf 26 Wochen und Einführung von Tagelöhnen wurden die Mitglieder fester an den Verband gekettet. Von der beschlossenen Gründung des graphischen Kartells konnte noch nichts werden, da Lithographen und Steinbruder die Kosten dafür nicht aufbringen könnten. Die Streiks des letzten Jahres kosteten zusammen 11 55 000. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1896 7652. Der Kassenbestand am gleichen Tage 11 42 846,49.

Ueber die Lohnbewegungen entspann sich eine rege Diskussion, und gab Anlaß zur Annahme folgender Resolution:

„Der Verbandstag der Buchbinder beschließt nach dem Ergebnis der Beratung über die Lohnbewegung, daß im nächsten Herbst überall, wo es im vorigen Jahre noch nicht möglich war, die neunzehnhalbtagige Arbeitszeit und einen den drückenden Verhältnissen entsprechenden Mindestlohn zu erreichen, mit allen Mitteln dahingekrebt wird, dieses oder wenigstens eine den drückenden Verhältnissen entsprechende Arbeitszeit in diesem Jahre nachzuholen. Im Uebrigen ist der Verbandstag der Ansicht, daß die im vorigen Jahre erungenen Abmachungen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müssen. Im Weiteren warnt der Verbandstag dringend, bei so geringfügigen Anlässen, wie es in letzter Zeit leider des Ofteren vorgekommen, in Bestreitensstreiks einzutreten, da dieselben nur in seltenen Fällen zu Gunsten der Arbeiter beendet werden und der Kollegenschaft im Großen und Ganzen mehr schaden als nützen.“

Beschlossen wird ferner, daß der Vorstand je nach Bedarf bei Lohnbewegungen eine Extrafeier erheben darf. Um ungünstige Lohnbewegungen zu verhindern, soll das Sachorgan genaue Situationsberichte über die Geschäftslage bringen. Der Zentralarbeitsnachweis wird, weil zwecklos, aufgehoben, dafür

Sollen Jahressummenachweise errichtet werden. Sie des Verbandes und der Redaktion verbleiben in Stuttgart. Dem Redakteur werden M. 2000 und dem Kassierer M. 1600 Gehalt zugewilligt.

Eine Delegiertenversammlung der Föder im Reichs-Richt beschloß, die Föder in der Reichsleitung in ihren Verband aufzunehmen. Sie rechnen auf einen Zuwachs von 2600 Mitgliedern. Die Monatsbeiträge wurden von 20 auf 50 J erhöht. Mitgliederzahl wurde ferner, daß dem Verbande durch den letzten Streit M. 2600 Schulden erwachsen seien. Vom 1. Mai ab wird eine Fachzeitung für Föder erscheinen.

Ein internationaler Hafenarbeiter-Kongress tagte am 24. und 25. Februar in London. Delegierte aus Hamburg, Rotterdam, Antwerpen, Nantes, Bordeaux, Marseille und Barcelona waren anwesend. Die Verhandlungen waren geheim. Ein Ausschuss des internationalen Hafenarbeiterbundes mit Tom Mann und J. S. Wilson als Präsidenten wurde gewählt. Delegierte aus Rotterdam, Antwerpen und Marseille repräsentieren die kontinentalen Häfen in diesem Ausschusse. Es scheint, so schreibt die "Frankf. Zig.", als ob man diesem Ausschusse weitgehende Vollmacht, mit den Arbeitgebern zu verhandeln und eventuelle Forderungen aufzustellen, gegeben hat. Der Abgeordnete J. S. Wilson hielt eine längere Ansprache. Er betonte die Notwendigkeit der Organisation der Seeleute und Hafenarbeiter, die gerade in diesem Berufe schwerer zu erreichen sei, als in anderen. Die Unternehmer, denen ein Menschenleben billig sei und die ihre Güter über den Bersth versichern könnten, wurden scharf angegriffen. Doch verwarf er die Ansicht Derrers, die nur eine Kampfespostille für das geeignete Mittel zur Besserung halten. Er sprach vielmehr die Hoffnung aus, die feste Organisation der Seeleute und Hafenarbeiter aller Länder seien, zu der der Grund gelegt sei und die einer guten Zukunft entgegenstehe, werde eine Besserung der Lage der ganzen Klasse zur Folge haben.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In eigener Sache. Wegen Berufserklärung und Ehrverletzung hatte sich der Redakteur unserer Zeitung, Kollege M. Böcke, vor dem Hamburger Schöffengericht, Abth. 4, zu verantworten. Die Klage stützte sich auf eine in Nr. 5 veröffentlichte Korrespondenz aus Frankfurt a. M., in welcher die Namen von 19 Schreibern veröffentlicht waren, die an dem Streit bei Herrn Schneider & Hanau daselbst beteiligt und durch Ehrenwort und Abkündigung sich verpflichtet hatten, nie wieder bei genannter Firma in Arbeit zu treten, aber trotzdem nach einigen Tagen die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Die Hofkasselle in Frankfurt hatte von den 19 Wortbrüchigen 12 aus dem Verbands ausgeschlossen, ebenso die Hofkasselle Offenbach 2, und 4 von den 19 waren nicht organisiert. Mit der Veröffentlichung war, wie Kollege Böcke ausführte, nichts Anderes bezweckt, als einestheils Verwechselungen mit gleichen Namen vorzubeugen und andererseits die Verwaltungsstellen anderer Orte darauf aufmerksam zu machen, daß die betreffenden Personen als Mitglieder in den Verband nicht wieder aufgenommen werden dürften, weil dieselben gegen die Interessen des Verbandes gehandelt hätten. Nach seiner Auffassung könne § 153 der Gewerbe-Ordnung überhaupt nicht in Frage kommen, da es sich erstens gar nicht um einen Streit zum Zwecke der Ertringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern einzig um die Abwehr einer Maßregelung gehandelt habe, und zweitens der Streit mit dem Tage beendet sei, an welchem der Letzte der fraglichen 19 Personen die Arbeit bei Herrn Hanau wieder aufgenommen hatte, die Veröffentlichung der Namen aber erst am 31. Januar in Nr. 5 der "Holzarbeiter-Zeitung", also fast 10 Wochen darauf, erfolgte. Der Staatsanwalt beantragte Aussetzung des Termins und Vernehmung von Hengen am Streiforte, da, wie er meinte, es nicht festzustellen sei, ob die Angaben des Angeklagten den Thatsachen entsprechen. Das Gericht verurteilte nach längerer Verhandlung, daß das Verfahren einzustellen sei, was einer Freisprechung gleichkäme, und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen sind; das Gericht habe die Ueberzeugung gewonnen, daß den Angaben des angeklagten voller Glaube zu schenken sei, umso mehr, als sich dieselben mit dem Artikel in Nr. 5 nicht in Widerspruch befänden.

Ob die Weigerung eines Bayern, täglich Pellkartoffeln und Hering zum Abendbrot zu essen, ein Grund zur sofortigen Entlassung? Diese schwierige Frage hatte das Berliner Gewerbegericht kürzlich zu entscheiden, vor dem der Schuhmachergeselle Alois Obermaier den Schuhmachermeser Weinhold auf Zahlung eines 14tägigen Lohnes von M. 14 verklagt hatte. Der Kläger war nach der Darstellung der "B. V. Zig." erst vor Kurzem aus seiner bayerischen Heimath nach Berlin gekommen und hatte das Glück, sofort bei dem Beklagten Arbeit zu finden. Er hätte weder über die ihm zugewiesene Beschäftigung noch über die ihm gewordene Behandlung Klage führen können — nur eines war es, was er, wie er angab, nicht "vertrauen" konnte, nämlich, daß die Meisterin mit unzumutbarer Treue gegen den Hausgebrauch täglich Pellkartoffeln und Hering auf den Tisch brachte. Anfänglich gelang es dem Gesellen wohl, allabendlich seinen "Serfisch" hinaunterzuwerfen, bald aber sah er von einem unheimlichen Grauen geschüttelt vor der bläulich glänzenden Delikatess und war nicht im Stande in der Welt mehr zu bewegen, nur noch einen "Sappen" zu genießen. Meister Weinhold sah erst ein paar

Tage mit immer steigendem Grolle auf den "Feinschmecker", der so entsetzt die im Hause eingeführte Lieblingspeise verschmähte, am vierten Abende ergriff ihn aber die Wuth, er packte den Gesellen am Kragen und warf ihn hinaus. Aus dieser Veranlassung wurde der Geselle klagbar und erklärte vor Gericht, daß er als Bayer den Hering wohl als Delikatess und Katermittel, die Kartoffel als angenehme Zuspelze, beide aber nicht als vollständige Mahlzeit kenne. Hätte er noch länger von der Lieblingspeise des Herrn Weinhold gegessen, wäre er sicher krank geworden, sonst hätte er, um nicht zu verhungern, sich selbst bekümmert oder seine Arbeit verlassen müssen. Es ist selbstverständlich, daß der Beklagte diese "sonderbaren" Einwände nicht gelten lassen wollte. Er vertief sich darauf, daß das, was für den Meister recht, auch für den Gesellen billig sein müsse. Der Gerichtshof kam nun in die schwierige Lage, zu entscheiden, ob Hering und Pellkartoffeln für einen Bayern eine ausreichende, der Gesundheit zuträgliche Mahlzeit sei oder nicht. In der Annahme, daß man in Süddeutschland diese im Norden als vollständiges Nahrungsmittel anerkannte Speise nicht würdige, sondern bloß als sogenanntes Zubrot betrachte, und ferner in der Erwägung der Vorchrift, daß ein Meister seinen bei ihm in Kost stehenden Gesellen auch so ernähren müsse, wie es dessen Gesundheit zuträglich ist, mußte, da ein Vergleich nicht zu Stande kam, Herr Weinhold zu der Bezahlung der verlangten M. 18 verurtheilt werden.

Literarisches.

Mißstände im Baugewerbe. Eine Arbeiterdarstellung, herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (E. Legien), Hamburg 6. Preis 60 J. Die 9 1/2 Bogen starke Schrift enthält eine Besprechung aller Zweige des Bauwesens und schildert eingehend die für die Bauarbeiter gefährliche Entwicklung, welche die Bauausführung in den letzten Jahrzehnten genommen. In der Einleitung wird eine kurz gefasste Geschichte der Baukunst gegeben. Dann folgt eine Schilderung der Bodenverwässerung und des Bauwindels wie des Submissionsverfahrens. In den weiteren Abschnitten werden die Sicherheitszustände und sanitären gesundheitlichen Zustände auf Grund der durch eine im Jahre 1895 von den Bauarbeitern in ganz Deutschland veranstalteten Enquete gewonnenen Materialien dargestellt und der Beweis erbracht, daß heute Leben und Gesundheit der Bauarbeiter dem Trachten nach Profit durch die Unternehmer geopfert werden. Des Weiteren werden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften, welche für die Bauausführung und zum Schutze der Bauarbeiter vorhanden sind, besprochen. Nach diesen Darstellungen der tatsächlichen Verhältnisse werden Vorschläge gemacht, welche eine Änderung der heutigen Zustände ermöglichen. Im Anhang folgen im Wortlaut Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und ortspolizeiliche Vorschriften für die Bauausführung.

In so umfassender Weise, wie in dieser Broschüre, sind die Zustände auf Bauten noch nicht dargestellt worden. Für die Bauarbeiter ist diese Broschüre ein unentbehrliches Handbuch, aber auch das große Publikum hat ein Interesse daran, Kenntniß von den vorhandenen Mißständen auf den Bauten zu erhalten und für deren Beseitigung zu wirken. Es ist deshalb die weiteste Verbreitung der Broschüre im allgemeinen Interesse liegend.

Briefkasten.

Darmen, B. Können wir uns ohnehin schon nicht für alle die vielen Konferenzen erwärmen, so gehen uns solche nun obendrein auch noch von den einzelnen Branchen unseres Berufes einberufen denn doch über den Strich, und werden wir noch darauf zurückkommen. Das Eingekamdt kommt nun wohl zu spät, da die Forderungen bereits bewilligt sind.

Hiberach. Es ist aber schließlich des Guten zu viel, das Sie von uns verlangen. Wozu sich mit solch einem Blättchen herumzuschlagen, das doch nur eine Null bedeutet. Von jetzt ab in der Angelegenheit keine Rolle mehr, wir haben den Platz für andere Sachen nöthiger.

Duisburg, J. B. Wir finden in dem langen Bericht nur die eine allgemein interessirende Aeußerung eines Mitgliebes, daß die Abstimmung über die Genehmigung von Streiks nicht nur den Verwaltungen, sondern sämtlichen Mitgliedern zuziehen müsse. Die Sache mit Harms machen Sie nur mit ihm selbst aus.

Berlin, B. Der Bericht ist zwecklos, und zwar umso mehr als Sie gänzlich einmal den Namen Dessen nennen, der hinter dem Rücken der Kollegen die Preise herabsetzt.

Anklam. Ihre Erklärung ist gar keine. Sie geben jetzt das zu, was Sie früher bestritten, resp. was M. in seiner Entgegnung feststellte. Ihre Bemerkung von den deutschen Reichsländern ist sehr überflüssig und die Thatsache, daß sich das Werkzeug am Boden herumtreibt, spricht freilich nicht gerade sehr günstig für die Ordnungsliebe der Gesellen. Das Ganze ist ein neuer Beweis, wie notwendig es ist, daß sich die Kollegen bei etwaigen Schilderungen, die zur Veröffentlichung bestimmt sind, an die wirklichen Thatsachen halten, die sie kritisieren wollen. Etwas mehr Wahrheitsliebe und etwas weniger Uebertreibung könnte recht oft auch nicht schaden.

Bremen, G. L. Für vorige Nummer zu spät eingetroffen; für diese überflüssig.

Stade, M. B. Den Stedbrief nehmen wir nicht auf, wollen aber darauf aufmerksam machen, daß, wenn der Lapezterer Karikellennome sich irgendwo anmelden sollte, man dessen Adresse der Hofkasselle Stade bekannt geben möge.

Osterode, R. D. Haben Sie bis dahin in Wochenlohn gearbeitet, brauchen Sie während der Kündigungsperiode Wochenlohn nicht anzunehmen. Will der Meister Sie darum entlassen, wird er Ihnen schabenerkennpflichtig sein.

Schiffel. Im Allgemeinen den Drechsler; es kommt aber auch vor, daß Bauausläger die Drechslerbrüder besetzten. **Wochum, R.** Derartige Vereinbarungen gelten nicht. Wenn jemand der Arbeitgeber bei Ihrem Eintritt in das Arbeitsverhältnis sagte, er zahle Ihnen einen höheren Lohn als sonst üblich, Sie mußten dann aber Kranken- und Invaliditätsbeiträge bezahlen, so wird ihm das Gesetz nicht Recht geben. Jeder Arbeitgeber ist eben verpflichtet, seinen Arbeitern die auf sie entfallenden Beiträge bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen.

Steglich, S. B. Auch für die Verwaltungsbeamten der Krankenliste beträgt der Abonnementspreis M. 1. **Dresden.** Die Besammlungsanzeige ging für die vorige Nummer zu spät ein.

Düsseldorf, Verwaltungsstelle der Krankenliste. Alles muß einmal ein Ende haben, so auch die Bolemit in der Zeitung. Auf Ihr Eingekamdt in Nr. 6 und 7 hat der Vorstand geantwortet, und damit kann wohl Schluß gemacht werden. Das neueste Eingekamdt enthält unseres Dafürhaltens so gut wie gar nichts, was mit dem eigentlichen Streitfalle in Verbindung gebracht werden könnte. Also lassen wir das.

Steglich, S. M. Reiben Sie das dem Vorstande; von hier aus kann keine Verchtigung erfolgen.

Schönebeck, F. A. Darüber hat erst die Profkommission zu entscheiden.

Frankfurt, B. B. In heutiger Nummer. **Wald, M. St.** Theilen Sie uns Ihre Adresse mit, wir werden Ihnen dann ein Verzeichnis derartiger Bücher zusenden. Das Buch von Bohlemann ist uns nicht bekannt.

Görlitz, R. L. Die Bestimmungen darüber sind thatsächlich verschieden. Hier z. B. darf keine Kaffe geführt werden, wenn ein Verein für sich ein Vergnügen abhält, an diesen Vergnügungen dürfen aber nur Mitglieder teilnehmen.

Erfurt, A. W. Derer gibt es eine ganze Anzahl, nur ist ein "General-Anzeiger" für M. B. e. l. n. a. f. r. i. e nicht bekannt. Zunächst erscheint in Frankfurt a. M. der "Holzindustrie-Anzeiger", "Deutsche Holzzeitung" in Königsberg i. Pr., "Holzindustrie-Zig" in Leipzig und verschiedene andere.

Bremen, W. Bilderrahmenleisten liefert F. Behner, Berlin SW., Oranienstr. 119, Hugo Raude & Co, Berlin S, Admitzstr. 18 E, D. Meier, Berlin N, Rastanienallee 79.

Finkenwalde, O. J. 1. Eine Schule, in der man in vier Wochen das Zeichnen praktisch erlernen kann, ist uns nicht bekannt. 2. Nein, 40 J.

Reidmühlen, G. R. In Ihrer nächsten Nähe ist uns keine Glashandlung bekannt; wenden Sie sich aber einmal an Köster, in Kiel, Fietzbrn; Arbeiter-Genossenschaft Glashabrik in Bergedorf bei Hamburg; S. Cossen, Hamburg, Spiegel- und Fensterglas en gros, N. B. C. Straße 18; Hornemann, Hamburg, Rasoien 53.

Mühlberg, G. L. Wenden Sie sich an den Kollegen Koste in Brandenburg. Er ist Korbmacher und kann die Verhältnisse genannter Orte sehr gut beurtheilen.

Quittung.

Für die gemahregelten Hafenarbeiter in Hamburg sind bei uns ferner eingegangen: Von Holzarbeitern in Herford M. 15,—, Wittrod 6,85, Schweidnitz 5,05, Bürgel 3,10, Furtwangen 6,—, Ascherleben 2,75, Mühlhausen i. Th., Gewerkschaftsliste 30,—, Döbeln, Gewerkschaftsliste 83,69, Hohenlimburg, Rattern 1,40; vorher quittirt M. 2793,37, Summa M. 2947,21.

Die Expedition der "Holzarbeiter-Zeitung."

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse deutscher Korbmacher. Bekanntmachung.

Nach § 48, lepter Absatz, des Statuts sind im März die Neuwahlen der Ortsverwaltungen vorzunehmen. Es werden deshalb die Herren Bevollmächtigten ersucht, diesem nachzukommen und das Resultat unter Angabe der genauen Adresse baldigst nach hier zu senden.

Die Aufhebung der zweiten Extrasteuer kann erst nach Fertigstellung der Jahresabrechnung endgültig entschieden werden, und wird deshalb bis dahin dieselbe noch erhoben.

Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. P. 86, Hamburg.) Ueberhörsche wurden im Februar eingekamdt von: Berlin M. 200, Berlin B 350, Hamburg IL 200, Danabrad 60. Aufschuß erhellten: Fürtz M. 200, Offenbach a. R. 200, Göln 50, Harburg 50. An Krankengeld an Einzelmitglieder M. 195,80. Jul. Wasmann, Oberstraße 94g. L

Bersammlungs-Anzeiger. (Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 J.)

- Altona, Am 16. März im Lokale der Bme. Ebler, Rorderstraße 87. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.
- Die Ortsverwaltung.
- Bergedorf, Sonnabend, den 20. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale "Stadt Schwerin". Vortrag.
- Charlottenburg, Montag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Leder, Bismarckstraße 74.
- Görlitz, Sonnabend, den 27. März, Abends 8 Uhr, im "Ordnung", Rauschwallstraße.

Münster i. Westf., Sonnabend, 20. März, Abends Punkt 9 Uhr, im Lokale des Herrn Weppelmann. Tagesordnung: 1. Vorlesung. 2. Wie agiliten wir? 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes.

Neustadt a. d. O. Am Sonnabend, den 20. d. M., im Vereinslokal. Tagesordnung: Besprechung über die Verklärung der Arbeitszeit. Die Verbandsmitglieder werden ersucht, zahlreich sich einzufinden und die noch fernstehenden Kollegen zu dieser Bersammlung einzuladen.

Schmidm (G. M.). Sonnabend, den 20. März, Abends 8 Uhr, im Restaurant "Zur Börse".

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bückeburg. Die Releunterstützung wird Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr bei Rudolf Garbe, Ullrich, Wallstraße 3, ausgebeht. Die Mitglieder-Berammmlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat im "Sonnhaus zur Sonne", bei Herrn Bollherst, Langestr. 85, statt.

Pannu. Die reisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß wir unser Verkehrslokal von der Sternstraße nach der Kleinen Wehstraße 20 verlegt haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Gölitz. Sonnabend, 20. März, Abends 8 Uhr: Frühjahrs-Vergnügen in den Sälen des Konzerthauses, verbunden mit Konzert, Theater und Tanz. Alle Kollegen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. NB. Programme sind bei sämtlichen Vorstandsmittgliedern, sowie bei den Zeitungsausträgern zu haben und werden die Kollegen ersucht, sich vorher damit zu versehen, da diese Kasse feststeht. Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Am 27. Februar starb in seiner Heimath Hochdorf a. d. Elbe nach längerem Leiden unser lieber Kollege

Johannes Frick

im Alter von 27 Jahren.
Wir bitten, denselben ein gutes Andenken zu bewahren!
Stuttgart, 2. März 1897.
Seine Kollegen bei der Firma
[M. 1.50] Gerson & Wolff.

Unser Verbandskollege

Johannes Frick,

Schreiner, ist am 27. Februar nach längerem Leiden an der Prostatierkrankheit gestorben.
Seine seinem Andenken!
Stuttgart, 2. März 1897.
[M. 1.10] Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiterverein Canneberg.

Samstag, den 14. März:

Familien-Abend,

wora die verehrten Mitglieder von hier und umgegend freundlich eingeladen werden. Gäste sind willkommen!
Anfang Punkt 8 Uhr.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lüneburg.

Samstag, den 20. März 1897,
in der „Zentralschule“:

Frühjahrs-Vergnügen.

Beginn Abends 9 1/2 Uhr.
Die Mitglieder der umliegenden Ortschaften sind hierzu freundlich eingeladen.
Das Comité.

Heinrich Nopper aus Schwand, Am Zieberg, wird dringend ersucht, seine Adresse dem Schreinermeister Ludwig Jungmann in Heilberg mitzutheilen.

Der Tischler Friedrich Krüger aus Hapel bei Rogdeburg, wird ersucht, seine Adresse, behufs Erbschaftsachen, an Otto Krüger, Sattler, Rogdeburg-Bad, Sandauerstraße 1, zu senden.

H. Korn, Tischler des Königsberg, sucht

H. Krüger, bei Henning, Halberstadt.

Ernst Fahrman

aus Pyritz, Drechsler, wird gebeten, seine Adresse Familienverhältnisse halber an seinen Bruder Erich, Karlstraße 1, B., Rudolfstraße 12, anzugeben.

Drechsler Josef Tauchert wird um seine Adresse gebeten.

Ad. Behor, Peize i. Holst.

Gottfried Eberhard,

Tischler aus Kronberg (Taunus), wo heißt Du? Sende Deine Adresse an Deinen Freund H. Schäler, Bürstenmacher in Bochum, Zunftstraße 4.

Ein tüchtiger Maschinenschlichter,

mit allen Holzbearbeitungsmaschinen vertraut, sucht dauernde Stellung. Best. Offerten unter P. N. 16 an die Expedition d. Zeitung.

Tüchtige Möbeltischler und

tüchtige Stuhlbaner

auf gute Arbeit sofort gesucht.
Habenauer Holz-Industrie.
Hr.: G. Oskar Zimmermann.
Habenauer i. E.

Ein tüchtiger Tischlergeselle

auf Bau und Möbel sucht 4 wöchentlichen Antritt
Carl Kühnhold, Tischlermeister,
Brandlage (Hart).

3 grüble Tischlergesellen

auf Bauarbeiten bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung, sucht L. Bernhard,
Zandernstadt, Brod Hannover.

Erfahrenen Tischler auf Bau und Möbel, E. hat auch Tischlerarbeiten, als Tischler in der Werkstatt, mit bestem Gehalt, event. verfahren, in Hannover, für Stellung gesucht für eine Stahl-Edel-Fabrik. Beste Besprechung gewünscht. Offerten unter B. D. 15 an die Expedition d. Zeitung.

Tüchtige Tischler und Polierer

für bessere Arbeiten gesucht. Dauernde Stellung. Bohnenberg, Berlin.

Langenfelder Möbel-Fabrik.
A. Hainke.

Gesucht

10 tüchtige Polierer.

H. Fr. Krumwiede,
Stuhlfabrik und Dampfslagewerk,
Gelle, Prov. Hannover.

2 tüchtige Möbeldrechsler

sucht der sofort
Richard Saalfeld, Patenttischfabrik,
Pelmstedt.

4 Holzdrechslergehülfen

finden dauernde Beschäftigung bei Carl
Bieker, Dintelbühl, Eifenbergstraße 257/58.

Ein tüchtiger Polierer auf Drechslerarbeit sucht angenehme Stellung. Offerten unter E. K. 18 an die Expedition d. Bl.

2 Korbmachergehülfen

auf Spargelförbe, vieredige und runde Gemattföbe, sucht auf sofort
L. Grussendorf, Korbmachermeister,
Meinertsen b. Hannover.

Korbmacher auf edige Kugelförbe (Sohn a. St. M. 5) sofort gesucht von
C. Herlemann, Bergedorf b. Hamburg.

Korbmachergehülfen.
Tüchtige Gehilfen auf Verbandsmöbel.
W. Müller, Bremen, Rinken 4 c.

Tüchtige Korbmacher

(Gehilfen) finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Eintritt sofort.
G. Schulz, Basel (Schweiz).

2 Korbmachergefellen

erhalten sofort Arbeit, einer auf Grün und einer auf groß geschlagene Arbeit bei dauernder und lohnender Beschäftigung.
Bräuer, Korbmachermeister,
Dramburg (Sommer).

2 Korbmachergefellen

auf Grün- und Röhrenarbeit.
Dauernde Beschäftigung und guter Lohn bei
Wilh. Bader, Korbmachermeister,
Langenweddingen b. Magdeb.

Tüchtige Korbmacher

auf Gefell, Gefchlagen und Pfefferrohre
sucht Henning Ahrens, Hamburg.

Tüchtige Korbmacher

auf edige Gefchlagföbe sucht
Henning Ahrens, Hamburg.

Zwei tüchtige Korbmacher

für Bambusmöbel finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn bei
Ch. Hackenschmidt,
Straßburg i. E.

Einige Bürstenmacher

erhalten dauernde Arbeit bei
E. Gerloff & Co., Greifenhagen.

Bürstenmacher

werden gesucht, welche vor dem Jahre 1893
Polsterbürsten aus Lederstreifen fabriziert haben.
Offerten an J. Bopp,
Frankfurt a. M., Wildmannsstraße 6.

Ein solider, tüchtiger Mann, welcher mit der Herstellung von Bürstenhölzern genau Bescheid weiß und mit diesbezüglichen Maschinen umzugehen versteht, erbt dauernde u. lohnende Arbeit. Diejenigen, welche in Herstellung seiner Arbeit gewandt sind, erhalten den Vorrang. Best. Anzeigungen unter H. D. 14 an d. Exp. d. Bl. erbeten.

Suche sofort

2 tüchtige Bohrer

für Dampftrieb.
C. H. Ladebeck, Bürstenhölzerei,
Schönebeck a. d. Elbe.

Hammacher

auf seine Hammeren finden lohnende Beschäftigung bei
H. Spaunberg, Söbden, R. E.

Eichene Radspeichen

kaufte waggensweise und bitte um Offerten
P. O. Casner, Seidenhandlung,
Verderstadt (Sachsen).

Gewandte Zeichner u. Werkmeister
mit mehrjähriger Praxis und abgeschlossener Fachschulbildung empfiehlt die
Tischler-Fachschule, Neustadt i. Meckl.

Staatliche Prüfungs-Commission.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's** Matt-Apparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reipolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d. Oelanschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von H. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Anstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Anstellung Hamburg 1889
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lohnende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Sämmtliche neue
Werkzeuge für Bürstenmacher,
worunter diejenigen Bohrmachinen, Bräutisch mit Petroleumfen, Werkbänke, Sautschere, Schraubstock, Rämme u. hat billig abzugeben.
Rich. Achterbach,
Schleichbusch b. Köln.

Für Bürstenmacher.

Bohrmaschinen mit Vorrichtung zum Maschinenbürstenbohren, Stachelbürsten, Drehbohr. Schneidbohrer, sowie das dazu gehörige Handwerkszeug (für 3 Gehülfen ausreichend), ist krankheitshalber billig zu verkaufen.
Frd. Zipterlein,
Ludwigstraße, Buchstraße 24.

Wenn Sie sparen wollen,
tragen Sie nur das wegen seiner Vorzüglichkeit überall rühmlichst bekannte

Jessen-Hemd,

bestes Tritot-Hemd, fast unzerreißbar, warm, waschrecht, nicht einlaufend.
Druck: oberl mittel groß ganz groß
Halsgröße 2,50 2,75 3,—
Größe: 2,— 2,20 2,40
Vorberufung od. Nachnahme. Von 3 St. franko.
Gustav Krödel, Kleinverkaufl, Zeitz.

Quittungsmarken,
Rabattmarken, Kantschakstempel,
sowie alle Druckarbeiten
in Buch- und Steindruck
kriert sauber und preiswerth
Konrad Müller,
Schneidb.-Leipzig.
Illustrirte Preislisten gratis

Genossen! Kauf nur den Bleistift
von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

Titus Axen
vom J. E. Löwenhagen
Rathhausmarkt 2, Altona.
Spezialität:
Tischler-Werkzeuge.
Preislisten gratis.
Garantie für solide Arbeit.

Tischlerwerkzeuge Ia.
Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabriziert und hält auf Lager S. Gilmstedt, Hamburg, Lange Röhren 86/87. Preislisten a. Wunsch. Danken.

Marken u. Stempel

Liefert seit 18 Jahren für tausende
Kassen, Breche u. Verbände aller Länder
Jean Holze
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
Verlangen Sie meinen ill. Preisverant.

Zeichen-Bureau!
vor 9 Jahren (spe. für d. Gebiet der Tischlerei) gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe im Maßstab 1:10 nach Angabe, sowie auch naturgroße Werkstoff-Zeichnungen.

Neues Vorlagenwerk für d. Bantischlerei,
30 Tafeln, nur praktische Stützen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material,
M. 18 in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei,
30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 12 in Farbendruck.

Belehrung über korrekt zu machende Kalkulation-Voranschläge wird jedem Werke gratis beigelegt.
Ernst Rettelbusch,
früher Tischler, Zeichner und Werkführer,
jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten,
Nürnberg, Burgschmidstraße 19.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Wimpfheimer & Cie., Tuchausstellung Augsburg, bei, woran wir unsere Leser aufmerksam machen.

Verlag: A. Mölle. Druck: Hamb. Buchdrucker u. Verlagsanstalt Tuer & Co. in Hamburg.